

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 3.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 18. Januar 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Der Mensch bedarf der Menschen sehr
Zu seinem großen Ziele.
Nur in dem Ganzen wirkt er;
Viel Tropfen geben erst das Meer,
Viel Wasser treibt die Mühle.

Schiller.

Die Gewerkschaften im Urteile eines Gelehrten und Staatsmannes.

sp. Der langjährige Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordnete, nunmehr bayerischer Ministerpräsident, Dr. v. Hertling, hat in seinen „kleinen Schriften“ (Herder, Freiburg) sich wie folgt über den Wert und die Notwendigkeit der Gewerkschaften geäußert: „Nur dem einzelnen Arbeiter steht der Unternehmer übermächtig gegenüber, nicht aber einer Vereinigung der sämtlichen Arbeitskräfte, auf die er für den Betrieb seines Unternehmens angewiesen ist. Der Einzelne muß die Bedingungen eingehen, wie sie ihm geboten werden; er kann nicht, wie der Kaufmann seine Waren, seine Arbeit solange vom Markte zurückziehen, bis der Preis gestiegen ist; er muß zu jedem Preise verkaufen, weil er aus der täglichen Verwertung seiner Arbeitskraft seinen täglichen Unterhalt zieht.

Der Unternehmer dagegen ist in der Regel um Arbeitskräfte nicht verlegen, solange die Arbeiter selbst sich untereinander Konkurrenz machen und sich auch bei den denkbar ungünstigsten Bedingungen noch immer genug bereite Hände finden.

Eine organisierte Arbeiterschaft dagegen kann auf die allgemeine Festsetzung der Arbeitsbedingungen Einfluß gewinnen und sie kann den Einzelnen in Stand setzen, einen Arbeitsvertrag nur unter den für ihn vorteilhaften Bedingungen einzugehen. Hierzu bedarf es eines Fonds, der aus den Beiträgen der Mitglieder angesammelt wird, und des Bewußtseins völliger Solidarität der Interessen, sodaß jederzeit einer für alle und alle für einen einzutreten bereit sind. Vereintigt eine solche Vereinigung alle Arbeiter eines bestimmten Produktionszweiges innerhalb eines größeren Industriebezirkes, so wird sie imstande sein, dem Wechsel in der Nachfrage nach Arbeitskräften dadurch zu entsprechen, daß sie die Arbeiter von den Orten zurückzieht, wo noch Nachfrage vorhanden ist. Sie wird verhindern, daß das einzelne Mitglied in seinen Forderungen unter das allgemein angenommene Maß heruntergehe, und sie kann bewirken, daß bei steigender Konjunktur auch die Löhne allgemein eine Steigerung erfahren. Wenn ein allgemeines Sinken der Nachfrage eine allgemeine Einschränkung der Produktion unvermeidlich macht, kann sie bewirken, daß dem durch Verkürzung der Arbeitszeit, nicht durch Entlassung von Arbeitern, Rechnung getragen wird. Wie auf die Höhe des Arbeitslohnes, kann sie auch auf alle übrigen Arbeitsbedingungen einen maßgebenden Einfluß ausüben. Dabei steht freilich im Hintergrunde als letztes Mittel, den Forderungen Nachdruck zu geben, der Ausstand sämtlicher Arbeiter, der sogen. Streik. Aber man kann nicht sagen, daß dieses Mittel unter allen Umständen und auch, wenn der Ausstand nicht mit Kontraktbruch und ebensowenig mit Gewalttätigkeiten verbunden ist, als verwerflich zu brandmarken wäre, aber gefährlich ist es immer und mit schweren Schädigungen für beide Teile verbunden, und den Arbeitern natürlich nur dann die Aussicht auf Erfolg eröffnend, wenn ausreichende Mittel vorhanden sind, die Feiern den auch

während einer lange Zeit dauernden Arbeitslosigkeit zu unterhalten.

Dieser Schritt der Vereinigung ist bekanntlich von den englischen Industriearbeitern in erfolgreicher Weise betreten worden. Schritt für Schritt vordringend, im Kampfe mit einer feindlichen Gesetzgebung und dem Uebelwollen der herrschenden Klassen, haben die englischen Gewerkschaften Großes erreicht. Ihre Organisation ist mustergültig, ihre Forderungen haben sich, zumal in der neueren Zeit, in der Regel als klug und maßvoll erwiesen. Die Politik ihrer Führer geht dahin, die Lebenshaltung der Arbeiter dauernd zu verbessern, daher sie nicht jedes sprungweise Steigen der Nachfrage für eine Lohnsteigerung zu verwerten bestrebt sind, ebenso aber auch sich energisch gegen eine Herabsetzung der einmal erreichten Höhe aufstemen. Die Verhandlungen mit den Unternehmern werden durch Ausschüsse geführt, in denen Vertreter der Arbeiter mit den Arbeitgebern gemeinsam beraten. Diese Beratungen selbst haben sich als äußerst wohlthätig herausgestellt, sie haben die Unternehmer mit der Klage, den Beschwerden und den Bedürfnissen der Arbeiter bekannt gemacht, sie haben ebenso bei den letzteren die Einsicht in die Verhältnisse vermittelt, von denen mehr als von dem Belieben des einzelnen Unternehmers die Lohnhöhe abhängt, und sie dadurch angeleitet, ihre Forderungen auf das Erreichbare einzuschränken. Außer dem materiellen Erfolge wird ganz besonders diese erziehlische Wirkung gerühmt, welche die Gewerkschaften nach beiden Seiten hin ausgeübt haben.

Da zu der Tätigkeit dieser Vereine auch die Versorgung ihrer Mitglieder in allen Fällen der Arbeitslosigkeit, sowie in Versorgung der Witwen und Waisen gehört, so hat man, als in Deutschland die Arbeiterversicherung der parlamentarischen Diskussion unterstand, mit großem Nachdruck auf jene Vorbilder hingewiesen und geglaubt, daß auch bei uns eine aus der eigenen Initiative der Arbeiter hervorgegangene Regelung einer durch das Gesetz und die Zwangsgewalt des Staates erfolgten bei weitem vorzuziehen sein würde. Nach dieser Seite hin hat die Frage heute keine Bedeutung mehr; dagegen ist es ein anderer Punkt, an dem auch noch nach dem Erlaß der staatlichen Arbeiter-schutzgesetzgebung und der staatlichen Arbeiterversicherung die korporative Vereinigung der Arbeiter sich mit Erfolg beteiligen kann; es ist dies die Festsetzung des Arbeitslohnes unter Berücksichtigung der steigenden oder abnehmenden Produktion. Außerdem fehlt in der staatlichen Arbeiterversicherung nicht nur bisher die Versorgung der Witwen und Waisen, sondern auch die Versicherung gegen die aus der Lage des Marktes stammende Arbeitslosigkeit, die sogen. Krisenversicherung.

An wichtigen und erprießlichen Aufgaben ist sonach kein Mangel, abgesehen davon, daß für eine erfolgreiche Wirksamkeit der in der Gesetzgebung vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse eine Organisation der Arbeiter die notwendige Voraussetzung bildet. Wenn trotzdem die Versuche, Arbeitervereine nach dem Vorbilde der englischen Gewerkschaften zu gründen, in Deutschland nur geringen Erfolg gehabt haben, so trägt daran ohne Frage die sozialdemokratische Organisation die Hauptschuld. Jene Vereine wollen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung die Schäden zu heilen versuchen, welche die moderne großindustrielle Produktion der arbeitenden Bevölkerung gebracht hat; diese dagegen (die Sozialdemokratie) erklärt der heutigen Gesellschaftsordnung den Krieg; sie kann ihre Uebel nicht grell genug schildern, sie verabscheute ausdrücklich alle Versuche zur Heilung oder Milderung derselben, sie will das Proletariat zur ausschlaggebenden politischen Partei

zusammenschweißen und mit ihr das Bestehende in Trümmer schlagen. Sie lehrt ihre Anhänger, nur mit Verachtung auf die Bestrebungen herabzusehen, welche sich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziele setzen, und in düsterhafter Ueberhebung oder einem Fanatismus, den man lächerlich nennen müßte, wenn er nicht erschreckend wäre, alles Heil von einer Zukunft erwarten, über deren nähere Ausgestaltung man keine Auskunft zu geben vermag, und die man bald als das Ergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung, bald als den Siegespreis der Revolution hinstellt.

Die Ernüchterung kann nicht ausbleiben; das goldene Zeitalter des irischen Arbeiterhimmels wird nicht anbrechen und im offenen Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft wird die letztere sich auf die Dauer als die stärkere erweisen. Daß ein solcher Kampf ein entsetzlicher sein, daß er von furchtbaren Zerstörungen auf dem gesamten Kulturgebiete begleitet sein würde, ist gewiß; den schwersten Schaden aber würden die Arbeiter selbst zu tragen haben. Es steht zu befürchten, daß eine notgedrungene, gewaltsame Unterdrückung sozialistischer Erhebungen die Folge haben würde, daß draconische Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Vorgänge an die Stelle der heutigen arbeiterfreundlichen Bestrebungen treten würden.

Wo aber die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommt, daß durch die revolutionäre Sozialdemokratie ihre Lage nicht gebessert wird, wo sie sich davon losmacht und bereit ist, ihre organisierte Kraft ausschließlich auf die Erklämpfung besserer Arbeitsbedingungen zu verwenden, da können Staat und Gesellschaft diesem Bestreben nur die vollste Sympathie entgegenbringen. Schon jetzt kann man den Arbeitern die volle Koalitionsfreiheit nicht verweigern. Hierzu bedarf es weniger der Beseitigung gesetzlicher Hindernisse, die kaum vorhanden sein dürften, als der Ueberwindung des Mißtrauens und der Abneigung in Unternehmerkreisen.

Die letzteren werden sich gut oder übel daran gewöhnen müssen, in den Arbeitern eine wirklich vertragsschließende Macht anzuerkennen, die nicht nötig hat und nicht gewillt ist, sich auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Wie die mündig gewordenen Völker es nicht mehr ertragen, von jeder Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen zu werden, so erträgt es die moderne Arbeiterschaft nicht, da nicht mitreden zu sollen, wo es sich um ihre nächsten und eigenen Interessen handelt, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen.

Auch steht zu hoffen, daß die Beteiligung der Arbeiter hieran durch Vermittlung einer geordneten Arbeitervertretung von günstiger Wirkung für das gegenseitige Einvernehmen begleitet sein wird, und wie die sozialdemokratische Agitation den Gewerksvereinen und gewerblichen Fachvereinen feindlich gegenübersteht, wo sie sich nicht ihren Parteizwecken fügen, so dürfte sich umgekehrt eine kräftige Entwicklung dieser letzteren als ein Mittel zur Ueberwindung des sozialdemokratischen Einflusses erweisen.

Die christlichen Arbeitervereine haben bisher geglaubt, denselben direkt bekämpfen zu sollen, indem sie bei ihren den verschiedensten Industriezweigen angehörenden Mitgliedern das christliche Bewußtsein stärken und lebendig erhalten. Man wird dabei nicht stehen bleiben dürfen, sondern zur Gründung von Fachvereinen übergehen müssen, denen die Vertretung der materiellen Interessen der Mitglieder obliegt, während sie zugleich durch ihren christlichen Charakter gegen sozialdemokratische Verführungen geschützt sind.

Bei der gegenwärtigen Diskussion über die Gewerkschaftsfrage erscheint es angezeigt, auf diese gewichtige Stimme aufmerksam zu machen und sie in der christlichen Gewerkschaftspressen neuerdings sprechen zu lassen.

Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien.

Im Laufe des letzten Sommers veranstalteten wir Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der an den Seltaktoren und den Ringspinnmaschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die übrigen Kategorien der Spinnereiarbeiter blieben unberücksichtigt, weil sonst die Erhebungen zu umfangreich geworden wären. Der versandte Fragebogen enthielt ohnehin schon 25 Fragen.

Das Resultat der Umfrage war nicht befriedigend. Die Ausfüllung der Fragebogen ließ viel zu wünschen übrig. Das lag zunächst an diesen selbst. Die Fragestellung berücksichtigte zu wenig die speziellen Verhältnisse der einzelnen Branchen. Es wäre wohl zweckmäßiger gewesen, für einzelne Branchen einen abgeänderten Fragebogen herauszugeben. Jedenfalls werden die zutage getretenen Mängel bei späteren Umfragen möglichst beseitigt werden. Dann aber haben sich anscheinend auch manche der Kollegen nicht genug bemüht, die in den einzelnen Betrieben bestehenden Verhältnisse zu erforschen und möglichst genaue und zuverlässige Angaben zu machen. Das trifft vor allem für die Arbeitslöhne und die Lohnberechnung zu. Ganz besonders hätten wir gewünscht, daß die bezüglich der letzteren gestellten Fragen klarer und etwas ausführlicher beantwortet worden wären, um es dadurch den Außenstehenden möglich zu machen, die Berechnungsmethoden verstehen zu können.

Ist das Material auch lüdenhaft und in manchen Punkten nicht absolut zuverlässig, so gestattet es doch einen interessanten Einblick in die Verhältnisse der Spinnereiarbeiter. Wir wollen darum einiges daraus wiedergeben. Dabei beschränken wir uns vorerst auf die Wiedergabe der bezüglich der Verhältnisse in den Baumwollspinnereien erhaltenen Angaben, weil diese am zahlreichsten sind und am ehesten der Verarbeitung wert erschienen.

Die eingegangenen Fragebogen betreffen die Verhältnisse in 47 Baumwollspinnereien. Von diesen liegen 34 in West- und 13 in Süddeutschland. Die 47 Betriebe beschäftigen insgesamt etwa 18500 Arbeiter und Arbeiterinnen. In all den Betrieben ist unsere Organisation mit einer mehr oder minder großen Zahl von Mitgliedern vertreten. Die Gesamtzahl der letzteren beläuft sich auf 3013. Der „deutsche“ Verband ist in 16 Betrieben gar nicht vertreten. Für 9 Betriebe konnten Angaben nicht gemacht werden, doch dürfte er auch da meist nur wenig Anhang haben. In den übrigen 22 Betrieben beläuft sich seine Mitgliederzahl schätzungsweise auf 1173. Somit wären von den in den 47 Betrieben beschäftigten 18500 Arbeitern und Arbeiterinnen erst etwa 4100-4500 organisiert; das ist kaum ein Viertel. Wir haben hier also auch für unseren Verband noch ein ausgiebiges Feld der Tätigkeit vor uns. Die angeführten Zahlen sollen für uns ein Ansporn sein, die Agitation unter den Spinnereiarbeitern, allen entgegenstehenden Schwierigkeiten zum Trotz, noch lebhafter wie bisher zu betreiben.

Der erste Teil des Fragebogens befaßt sich mit der Arbeitsweise und den Arbeitslöhnen. Bezüglich der ersteren folgendes: Jeder Seltaktorspinner bedient in der Regel zwei gegeneinander laufende Maschinen. Die Spindelzahl der einzelnen Maschinen ist sehr verschieden. Bei Schußgarn ist sie höher wie bei Feulgarn. Sie richtet sich auch nach der Qualität und Feinheit des Garnes. Auch die Maschinenysteme spielen hierbei eine Rolle. Die modernen Seltaktoren zählen in der Regel mehr Spindeln als die älteren Systeme.

Dem Spinner stehen bei der Bedienung der Maschinen bei der Annahmer (Anleger, Fadenanzüher) und die Aufstecker. Die Hauptarbeit der ersteren besteht darin, die abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen resp. anzufügen, jene der letzteren, die fertigen Spulen, deren noch lose gedrehter Faden das fertige Geßpinn geben soll, durch neue zu ersetzen. Die Zahl der Annahmer richtet sich in etwa wenigstens nach der Spindelzahl sowie nach der Feinheit und der Qualität des zu spannenden Garnes. Jedoch weiß der mit den praktischen Verhältnissen Vertraute — und auch die Erhebungen bestätigen das — daß die Tendenz seit Jahren dahin geht, möglichst viele Spindeln von möglichst wenig Arbeitern bedienen zu lassen. Nach den uns gemachten Angaben kamen in 5 Betrieben 1. in 29 Betrieben 2, in 5 Betrieben 3, in 1 Betrieb 4 und in 1 Betrieb 5 Annahmer auf einen Gang (zwei Maschinen). Erklärtermaßen sei noch bemerkt, daß in einigen Betrieben zwei Maschinen teils von einem, teils von zwei Annahmern mitbedient werden. Im übrigen werden sowohl Maschinen mit 800 und 900 Spindeln wie auch solche mit 1100 und 1320 Spindeln von zwei Annahmern pro Gang bedient, ohne daß in der Feinheit der Garne ein nennenswerter Unterschied vorhanden ist. Gänzlich ein solcher in der Qualität des zu verarbeitenden Materials besteht, ist aus den Erhebungen nicht zu entnehmen.

Die Aufstecker, die in der Regel nicht über 17 Jahre alt sind, haben in 15 Betrieben 1, in 2 Betrieben 1½ und in 21 Betrieben 2 Maschinen zu bedienen, auch hier wieder je nach der Spindelzahl, nach der Zahl, eventuell auch nach der Größe der aufzustellenden Spulen und nach

der Nummer des Garnes. Bei grobem Garn laufen die Spulen eben weit schneller ab und müssen dann naturgemäß auch rascher ersetzt werden als bei feinem. Auch bezüglich der Aufstecker darf wohl konstatiert werden, daß sich vielfach ihre Zahl verringert, das von ihnen verlangte Arbeitsquantum aber sich vermehrt hat.

Neben den Seltaktoren haben im letzten Jahrzehnt vor allem die Ringspinnmaschinen eine große Verbreitung gefunden. In manchen Betrieben sind durch sie die Seltaktoren ganz oder doch fast ganz verdrängt worden. So hatten nach unseren Erhebungen 41 von den 47 in Betracht kommenden Betrieben Seltaktoren und Ringspinnmaschinen. In 8 Betrieben waren nur Ringspinnmaschinen vorhanden. Jede Maschine hat zwei Spinnseiten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben stets mehrere Seiten zu bedienen. Die von uns hierüber gemachten Erhebungen zeigten folgendes Ergebnis. Sie hatten zu bedienen bis zu 2 Seiten in 10 Betrieben, bis zu 3 Seiten in 1 Betrieb, bis zu 4 Seiten in 24 Betrieben, bis zu 5 Seiten in 3 Betrieben und bis zu 6 Seiten ebenfalls in 3 Betrieben. Es sei hier jedoch eingeschaltet, daß die gestellte Frage lautete, wieviel Maschinen zu bedienen sind. Zweckmäßiger wäre wohl gewesen, statt Maschinen Seiten zu sagen. Jetzt besteht die Möglichkeit, daß man hier und da die Seiten als Maschinen betrachtet und somit irriige Angaben gemacht hat. Immerhin dürfte es nur vereinzelt vorgekommen und das Gesamtbild trotzdem zutreffend sein.

Die Angaben über die Zahl der den Ringspinnern und -Spinnerinnen unterstellten Hilfskräfte lauten sehr verschieden. In manchen Betrieben sind solche überhaupt nicht vorhanden, in andern kommt auf 2-6 Maschinen eine Hilfskraft. Derselbe ist die Belegschaft in Kolonnen eingeteilt, jeder Kolonne fällt dann eine Hilfskraft zu.

Das ist etwa das wesentlichste, was über die Angaben bezüglich der Arbeitsweise zu sagen ist. In der nächsten Nummer werden wir uns dann den Lohnverhältnissen zuwenden.

Die „freie“ Gewerkschaftsbewegung 1912.

Wenn man einen Rückblick wirft auf das Jahr 1912, so darf man einen Faktor nicht unberücksichtigt lassen, der in unserm Wirtschaftsleben eine äußerst machtvoll Rolle spielt, nämlich die Gewerkschaftsbewegung. In dem abgelaufenen Jahr hat, wie aus einem Ueberblick über die Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Nr. 1 des Correspondenzblattes der Generalkommission derselben hervorgeht, die „freie“ Gewerkschaftsbewegung nicht die Fortentwicklung erfahren, auf die man in führenden Kreisen gehofft hatte. Obwohl das Jahr 1912 als ein günstiges Wirtschaftsjahr bezeichnet werden muß, blieb die Beschäftigungsziffer um 2,2% hinter derjenigen des Vorjahres zurück, und der Andrang der Arbeitsuchenden war durchweg höher als im Vorjahr und ging erst von September an stark zurück.

Nach den vorliegenden Abrechnungsziffern des 3. Quartals kann für 30 „freie“ Gewerkschaftsverbände, erganz durch die Schätzungsziffern der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes, von Ende September für 21 „freie“ Verbände die Mitgliederzahl gegenüber dem 3. Quartal 1911 ungefähr festgesetzt werden. Diese 51 Organisationen, einschließlich der Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter, zählten am 30. September 1912 insgesamt 2595650 Mitglieder, gegenüber 2394894 Mitglieder am Ende des 3. Quartals 1911. Es ergibt sich daraus eine Zunahme von 200756 Mitgliedern oder 8,38%. Im Vorjahre hatte die Zunahme 309020 oder 12,90% betragen. Nimmt man die Zuwachsziffer von 8,38% auch für die Jahresabschlussziffern an, so darf man mit einer Mitgliederzunahme von 202918 oder einer erreichten Mitgliederzahl von 2624376, oder rund 2,58 Millionen rechnen. 41 Verbände hatten einen Zuwachs und 9 einen Rückgang zu verzeichnen. Einen Zuwachs von 35774 Mitgliedern hatten die Transportarbeiter, von 35281 die Metallarbeiter, von 27453 die Bauarbeiter, von 20757 die Fabrikarbeiter, von 14819 die Holzarbeiter und von 13740 die Textilarbeiter. Die Verbände, die einen Rückgang aufwiesen, haben insgesamt 4240 Mitglieder verloren.

Als eine vom Standpunkt der „freien“ Gewerkschaften erfreuliche Erscheinung kann der Bericht den Fortschritt der Konzentrationsbewegung im Lager derselben bezeichnen. Im Baugewerbe erfolgte die Angliederung der Statutenverbände an den Bauarbeiterverband, in der Metallindustrie die des Schmiederverbandes an den Metallarbeiterverband, in der Tabakindustrie die des Zigarrenarbeiterverbandes an den Tabakarbeiterverband. Ein negatives Ergebnis hatten die Verschmelzungsbestrebungen in den Verbänden der Bildhauer, Dachdecker und Glaser, während die Angliederungen an den Verbänden der Lagerhalter, Steinseher, Schiffszimmerer und Keramiker derneue noch in der Schutze sind.

Recht bemerkenswert ist die Feststellung, daß die „freie“ Gewerkschaften andauernd bekräftigt sind, ihre Taktik anzubahnen und ihre Kampfmittel zu verbessern. Zu diesem Zwecke sind Erwägungen im Gange, die freiwillige Streikbeihilfe für außer-gewöhnliche Kämpfe in eine obligatorische Streikunterstützung auf dem Wege des Umlageverfahrens umzuwandeln. Eine weitere Stärkung der „freien“ Gewerkschaften hofft man auf dem Kartellierungswege zu erreichen, indem Organi-

stationen, die in gewissen Arbeitsgebieten auf ein gemeinsames Vorgehen angewiesen sind, sich nicht bloß über das Verhalten in eventl. Kämpfen, sondern auch über die Bereithaltung und Aufbringung ausreichender finanzieller Mittel verständigen. Um finanzielle Mittel im Bedarfsfalle schnell flüssig machen zu können, wird die gemeinsame Anlage der Gewerkschaftsgelder bei der Bankabteilung der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine empfohlen. Auch an letztere, an die Konsumgenossenschaften, hoffen die „freien“ Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe einen immer stärkeren wirtschaftlichen Rückhalt finden zu können.

Wenn die Ziffern, die man namentlich in den führenden Kreisen der „freien“ Gewerkschaften erwartete, im Jahre 1912 auch nicht den Erwartungen entsprechen haben, so haben wir es doch in denselben mit einem gewaltigen Machtfaktor, wie eingangs schon betont, zu tun. Mit besonderer Genugtuung konstatiert der Bericht im Correspondenzblatt der Generalkommission den Fortschritt der Konzentrationsbewegung. Je mehr der Zusammenschluß einzelner Verbände zu immer stärkeren Industrieverbänden um sich greift, um so eher hoffen die „freien“ Gewerkschaftsführer ihrem Ziele, auf dem Arbeitsmarkt bei dem Abschluß von Tarifverträgen als alleiniger Kontrahent auftreten und alle sonstigen Arbeiter zwingen zu können, sich entweder den „freien“ Gewerkschaften anzuschließen oder eventl. arbeit- und brotlos zu bleiben, näher zu kommen. Eine solche Entwicklung muß sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, mit Rücksicht auf die Bedeutung des Unternehmertums an unserer Volkswirtschaft als auch aus nationalen Gründen, abgewehrt werden, verweist doch der Bericht der „freien“ Gewerkschaften mit Stolz auf seine engen Beziehungen zur revolutionären Sozialdemokratie, die er wieder einmal als die „einzig zuverlässige, die vorbehaltlos die Volksrechte verteidigende“ Partei preist. Das beste Abwehrmittel ist die Stärkung der christlichen Gewerkschaften.

Unterliegen Web- bzw. Stuhlmeister der Angestelltenversicherungsspflicht?

Zu dieser Frage wird uns geschrieben: Am 1. Januar 1913 ist die Angestelltenversicherung in Kraft getreten. Nun sind Streitigkeiten darüber entstanden, ob die in den Webereien vorhandenen Stuhlmeister auch diesem neuen Versicherungsgehe unterliegen. Zahlreiche Arbeitgeber haben ohne lange Bedenken und Rundfragen, auf dem Wortlaute des Gesetzes fußend, ihre Stuhlmeister in die Versicherungsspflicht aufgenommen, jedoch weigern sich auch viele Textilunternehmer zur Leistung der Beiträge, weil sie der Auffassung sind, daß die Stuhlmeister nicht der Versicherungsspflicht unterliegen. Sie berufen sich dabei auf ein Gerichtsurteil, das die Stuhlmeister zu der Gruppe Arbeiter im gewöhnlichen Sinne rechnet; denn die Stuhlmeister brauchen keine besondere Vorbildung zu haben, ihre Stellung kann von jedem besseren Weber vertreten werden, heißt es in dem Urteil.

Um der Unklarheit ein Ende zu machen, wandte sich der Vorsitzende des deutschen Webermeisterverbandes, Herr Sch. Häbler, mit einer Anfrage an das Reichsversicherungsamt zu Berlin. Er erhielt folgende Antwort:

„Ob Web- bzw. Stuhlmeister unter das Angestellten-Versicherungsgesetz fallen, hängt davon ab, welcher Teil ihrer Tätigkeit der überwiegenende ist, derjenige des körperlichen Mitarbeitens oder derjenige der Leistung oder Beaufsichtigung. Dieser letztere Begriff erfordert das Vorhandensein von ihnen unterstellten Arbeitern.

Besteht ihre Tätigkeit in der Hauptsache in körperlichen Arbeiten, wirken sie also bei der Herstellung und Gewinnung der Erzeugnisse in weitem Maße persönlich mit, dann sind sie nicht versicherungspflichtig.

Hiernach läßt sich die Versicherungsspflicht der Web- bzw. Stuhlmeister nur von Fall zu Fall entscheiden, unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Betriebes.“

Eine ähnliche Entscheidung hat Häbler von der Königl. Kreisbahnhauptmannschaft in Bittau erhalten, worin es heißt:

„Bezüglich der im hiesigen Bezirk in der Textilbranche zahlreich vorhandenen Webmeister, die schon zu Anfragen Veranlassung gegeben haben, wird von Fall zu Fall zu beurteilen sein, ob sie als Werkmeister der Angestelltenversicherung unterliegen. Unter Werkmeister sind Personen zu verstehen, die in gewissem Umfange eine Betriebsaufsicht ausüben, jedoch zugleich unmittelbar an den Produktionsarbeiten teilnehmen, und insofern zu den Gewerksgehilfen gehören. Eine wesentlich leitende Stellung, wie bei den Betriebsbeamten, wird hier nicht erfordert. Der Werkmeister bildet hiernach eine Mittelstufe zwischen dem Betriebsbeamten und dem Gewerksgehilfen (Vorarbeiter, Arbeiter), in welcher die leitende und die auf eigener körperlicher Mitwirkung beruhende Tätigkeit ungefähr von gleicher Bedeutung ist. Die Bezeichnung als Meister entscheidet selbstverständlich nicht.“

Große Klarheit bringen auch jene Entscheidungen nicht. U. E. sind die Webermeister, denen die Beaufsichtigung, Leitung und technische Instandhaltung eines ganzen und sei es auch kleinen Webereibetriebes obliegt, unbedingt versicherungspflichtig in der Angestelltenversicherung. Aber auch die Stuhlmeister gehören dazu. Zwar mag bei ihnen die körperliche Arbeit überwiegen, jedoch obliegt auch ihnen die Leitung und technische Instandhaltung eines kleineren oder größeren Bezirks, für den sie der Betriebsleitung gegenüber die Verantwortung zu tragen haben. Sie fallen nicht unter den üblichen Begriff „Arbeiter“. Sie fallen u. E. unter den Begriff Angestellte, was man auch daraus schließen darf, daß die meisten mit einem festen Wochenlohn angestellt sind und einen besonderen Kontrakt, der eine längere als die allgemein übliche Kündigungsfrist vorsieht, mit dem Unternehmer eingegangen sind. Die Unternehmer selbst

betrachten die Web- und Stuhlmeister am allerwenigsten als „Arbeiter“, indem sie dieselben von den Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen fern zu halten versuchen.

Wir treten Herrn Säbler bei, wenn er sagt: „Als Angestellte sollten alle Webmeister bzw. Stuhlmeister gelten, sonst können dieselben ihren Aufgaben nicht in der für unsere Textilindustrie so notwendigen Weise nachkommen. Bei der immer mehr anwachsenden Konkurrenz werden an die Webmeister immer höhere Anforderungen gestellt. Man sieht es den Kleider-, Hüten- und Anzugstoffen, den Tapissereien und Protierwaren, den Taschentüchern und Damastwaren nicht an, welchen Anteil ein Webmeister an der Produktion hat, es ist ganz unmöglich, diese Tätigkeit als Arbeiter, Geselle oder Gehilfe zu leisten. Würde es denn von so großer Bedeutung für das Angestelltenversicherungsgesetz sein, wenn auch einige versichert würden, welche etwas weniger Aufsicht, dafür aber etwas mehr körperliche Tätigkeit im Betriebe zu leisten haben, und wenn klipp und klar ausgesprochen würde, Webmeister bzw. Stuhlmeister sind versicherungspflichtig? Es sind doch die Expedienten der Textilindustrie ohne weiteres in die Versicherung aufgenommen worden. Dieselben haben doch auch keine andere Vorbildung genossen als die Webmeister und werden auch zum großen Teil aus Webern angelernt.“

Wir meinen auch, daß es nicht zum Nachteile des betr. Unternehmens wäre, wenn der Unternehmer allein aus sozialem Empfinden heraus seine Web- bzw. Stuhlmeister in die Angestelltenversicherung aufnähme. Ihre Anhänglichkeit am Betriebe und ihre Arbeitslust würde dadurch nur gehoben werden.“

Fadenbrüche.

II.

(Nachdruck verboten.)

st. Außer dem in fehlerhaftem oder für den jeweiligen Zweck ungeeigneten Garnen liegenden Fadenrissen, über welches hier nicht gesprochen werden soll, gibt es in der mechanischen Weberei auch noch ein solches, welches durch Ursachen veranlaßt wird, denen auch die besten Garne zu widerstehen nicht vermögen. Bei einiger Beobachtungsgabe wird man jedoch solche Ursachen bald finden. Dichte Seidenwaren zeigen häufig außergewöhnlich viel Brüche im Geschirr resp. im Harnisch, während für gewöhnlich bei Seidenstühlen, wenn die Ketten gut gesäubert waren und die Schützen keine Fäden weggreifen, das Arbeiten ziemlich glatt vonstatten geht. Bei neuen Geschirren oder Harnischen ist es fast Regel, daß man anfänglich viel mit Fadenrissen zu kämpfen hat, welche auf fehlerhafte Mailons oder angelegte Holzteilchen an den Harnischschnüren zurückzuführen sind. Hier hilft nur das Aufsuchen und Auswechseln dieser Teile. In Schattgeschirren können neben diesen Ursachen auch noch Fadenrisse dadurch hervorgerufen werden, daß sich Mailons, deren Schnüre etwas zu lang sind oder durch zu starkes Hineingreifen gedehnt wurden, etwas schräg stellen können, sodaß die obere oder untere Spitze der Stahlmailons mit der Eigenschur einen Winkel einschließt, in welchem resp. hinter welchen sich vorbeipassierende Nachbarfäden setzen können und dadurch an der Weiterbewegung gehindert werden.

Auch ein Wegschlagen durch die Schützen kommt vor, wenn die Kettenfäden des Unterfaches nicht gut aufliegen oder der Fachwechsel nicht zur richtigen Zeit auftritt. Eine durch den Schützen hervorgerufene Ursache, welche jedoch nicht nur in der Seidenindustrie, sondern bei allen feinfädigen Waren vorkommt, ist ein in der Nähe der Leiste zwischen Riet und Anschlag eintretendes Fadenreißen. Wenn nämlich andere Schützen an den Stuhl gekommen sind, deren Spitzen nicht genau in derselben Höhe stehen, wie die vorhergehenden, die Treiber jedoch, in welche sich die Spitzen der vorhergehenden Schützen schon etwas tiefer eingegraben haben, ganz gleichgültig, ob es sich um Oberschlag- oder Unterschlagfäden handelt, im Stuhle bleiben, so bekommen die Schützen beim Auslauf aus dem Rasten eine wellenartige Bewegung, bei welcher der Vorderteil ziemlich hart auf die Vadenbahn aufschlägt und bei wiederholtem Berühren derselben Fäden diese dabei zerbricht.

Stärker als die Seidenweberei leidet jedoch die Wolllwarenweberei, speziell die Kammgarnindustrie, unter gewissen Zufällen, welche zum Teil durch die hier vorkommenden hohen Schußzahlen bedingt werden. Bekanntlich ziehen Gewebe mit kurzen Bindungen und hohen Schußzahlen sehr stark ein. Ist in diesem Falle nicht die nötige Sorgfalt auf die Einstellung oder die richtige Länge der Dreitheiler verwendet, so ist die Ware am Schlag schmaler als im Riet. Die natürliche Folge davon ist, daß die Kettenfäden nach den Leisten zu immer mit einem Bogen um die zugehörigen Rietstäbe herum schleifen und dadurch zerrieben werden. Tritt hierzu vielleicht auch noch unkorrekter Fachwechsel, dann ist das Elend vollends fertig. Bedingung ist hier, daß unter allen Umständen die Ware im Dreitheiler genau so breit abgezogen wird, als die Kette im Riet steht.

Fadenrissen im Stuhl tritt ein, wenn die Schützen infolge unrichtiger Rasteneinstellung oder Ungenauigkeiten der Treiber- oder Spindelstellung an der Schlagseite zu scharf gegen das Riet gepreßt werden. Diesem dauernden Angriff widerstehen die Rietstäbe nicht lange, sie werden scharf und zerbrechen die Kettenfäden. Das bloße Abputzen des Rietes mit Bimsstein hilft nur im Anfangsstadium. Ist die Abnutzung schon weiter vorgeschritten, so bleibt als ultima ratio meist nur das Abschneiden und Prüfen des Rietes, wobei der obere, unbeschädigte Teil dann nach unten genommen wird.

Bei Verarbeitung von geleimten Ketten, welche noch feucht sind oder im Stuhl aus irgend welchen Ur-

sachen wieder Feuchtigkeit anziehen, kommt es vor, daß sich beim Gleiten des Schützens über die geleimten Fäden allmählich etwas Leim an dem Schützen ansetzt. Dort austrocknet und, obgleich es manchmal kaum sichtbar ist, scharfkantige Körperchen bildet, welche die Fäden wie Messer zer schneiden. Man kann dem nur entgegenwirken, wenn man die Schützen öfters mit Del bestreicht, sodaß sich der feuchte Leim nicht ansetzen kann. Bequemer ist es jedoch, wenn man auf den Ausrückbügel, auf welchem der Reserveschützen gewöhnlich liegt, Löschpapier zusammengeknüpft anbringt, welches mit Del getränkt ist. Während des Lagerns zieht etwas Del in den Schützen, welches während des Ablausens einer Spule die angedeutete Wirkung hat.

Allgemeine Rundschau.

Neue christliche Gewerkschaftszeitungen. Bekanntlich ist der frühere Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und Hilfs-Arbeiter in mehrere Berufsorganisationen aufgeteilt worden. So traten mit dem 1. Januar neu ins Leben: Der „Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -Arbeiter“ mit dem Sitz in Elberfeld; ferner der „Zentralverband der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands“ mit dem Sitz in Köln. Endlich hat der „Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands“ Sitz Essen mit dem 1. Januar 1913 seine eigentliche Wirksamkeit aufgenommen.

Sämtliche drei neuen Organisationen geben gleich eigene Fachblätter heraus. Das Organ der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter nennt sich „Die Rundschau“. Es erscheint alle 14 Tage in Essen-Ruhr und kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Die Redaktion liegt in den Händen des Vorsitzenden des Verbandes, des Reichstagsabgeordneten Kollegen Franz Behrens.

Der „Gemeindegewerkschafter“ ist das Organ des neugebildeten Verbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner. Das Blatt wird alle 14 Tage in Köln herausgegeben (vierteljährlich 1.50 M.) und wird vom Kollegen Heinrich Eitmann redigiert.

„Deutsche Militärarbeiterzeitung“ betitelt sich das Organ des Zentralverbandes deutscher Militärhandwerker und -Arbeiter. Es wird vorläufig von dem Kollegen Wilh. Gutschke, Elberfeld, geleitet. Das Blatt kostet, durch die Post bezogen, 1.00 M. pro Quartal.

Sämtliche drei neuen Gewerkschaftsblätter erscheinen in handlichem Format und achtseitig.

Mit diesen Neuerungen ist wieder ein Schritt in der Vorwärtswirkung der christlichen Berufsorganisationen getan worden. Die christlichen Gewerkschaften marschieren unaufhaltsam weiter, trotz aller Verkennung und Behinderung. Mögen auch die drei jungen Organisationen eine recht kräftige Entwicklung nehmen und ihr Verbandsorgan ihnen eine schneidige und wuchtige Waffe sein in dem Kampf gegen Bosheit und Gleichgültigkeit.

Ein Bischof für die christlichen Gewerkschaften. Kürzlich hielt der Zentralgewerkschaftsverein in München seine Jahresversammlung ab. In derselben war der Erzbischof von Bistinger anwesend, dem vom Gesellenverein die Ehrenmitgliedschaft angeboten war. Bei der Gelegenheit hielt der Bischof eine Rede, worin er u. a. sagte:

„Es hat mich gefreut, daß über 600 Vereinsmitglieder den christlichen Gewerkschaften angehören. Nach den Darlegungen des H. P. Bräns hat sich dies aus der Lage der Verhältnisse selbst ergeben. Nachdem der H. Vater, die oberste Autorität der katholischen Kirche, die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gebilligt, wünsche ich von ganzem Herzen, daß dieselben in immer kräftiger sich entwickeln und die sorgsamste Pflege erfahren mögen. Mögen dieselben in rechtem Geiste ihr Programm zur Durchführung bringen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zum Wohle der Gesamtheit zu heben. Mögen sie aber auch die Gesellenvereine die alte Treue bewahren und sich dessen Segnungen zunutze machen.“

Die Aufgaben der Sozialdemokraten in den Parlamenten. Kürzlich fand in Berlin der D. Legierungstag der sozialdemokratischen Partei Preußens, der sogenannte „Preurentag der Sozialdemokratie“, statt. Auf der Tagung tritt man sich lebhaft herum über die Taktik der Sozialdemokratie bei den kommenden preussischen Landtagswahlen. Einige Redner wollten unter allen Umständen ein Zusammengehen mit den Linksliberalen, um mit Hilfe derselben einen Einfluß im Parlamente zu erlangen und den unsozialen Dreiklassencharakter desselben zu beseitigen. Andere Redner waren gegen ein Zusammengehen mit den Liberalen. U. a. auch Liebknecht, der seinen Standpunkt mit folgenden Worten begründete (Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 9. Jan Nr. 9):

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden von uns nicht gewählt, damit sie im Abgeordnetenbau praktische Arbeit verrichten, sondern sie werden von uns hineingeschickt als geschworene Feinde des Dreiklassenhauses.“

Da haben wir die Auffassung der Genossen von ihren parlamentarischen Aufgaben. Nicht praktisch arbeiten wollen sie, um für die Arbeiter Erfolge zu erzielen, sondern nur Agitation machen, bei der die sachlichen Interessen der Arbeiter zu kurz kommen. Das Arbeiten überläßt man den bürgerlichen Parteien, die zum Dank dafür von den Genossen durch die Gasse geschleift werden.

Wer einem Manne seine Stimme gibt, der eine solche Auffassung von seiner parlamentarischen Aufgabe hat, der ist wegen seiner Kurzsichtigkeit wirklich von Herzen zu bedauern.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. Das Organ der evangelischen Arbeitervereine in der Kreishauptmannschaft Zwickau, der „Evangelische Volksfreund“, behandelt in zwei vielbeachteten Aufsätzen die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den Gewerkschaften. Nach einer Beurteilung der in den letzten Wochen in der Friedrich-Dunder'schen Gewerkschaftspressen erschienenen Artikel, die eine Verleumdung der katholischen und evangelischen Konfessionen darstellen, und nach einer Würdigung der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen kommt das Blatt zu dem Ergebnis:

„Gefährlich ist unsere Neutralität in der Gewerkschaftsfrage. . . Auch in ihr gilt's prüfen, entscheiden und dann mit männlicher Entschiedenheit kämpfen für das Rechte, Wahre! Unsere Zeit braucht ganze Männer, Charaktere, Persönlichkeiten — zu ihnen wollen wir uns, wollen wir unsere Mitglieder immer mehr erziehen — darum fort mit der Neutralität! . . . Fort mit aller Leisetzerei, die deutscher, evangelischer Männer so unwürdig ist!“

Noch hat man nie Einzelpersonen, die zwei Herren dienen wollen, im Leben ernst genommen, und nie haben Organisationen mit zwei Seelen sich zu einem Machtfaktor aufschwüngen können. . . Darum weg mit der Neutralität, hinein in die christlichen Gewerkschaften!“

Es wäre zu wünschen, daß sich alle evangelischen Arbeitervereine diese eindringlichen und entschiedenen Worte zunutze machen würden.

Wer verübt Streikbruch? Die sozialdemokratische Presse schreibt gegenwärtig wieder einmal über christlichen Streikbruch. Und zwar wird dieses Verbrechen der christliche Metallarbeiterverband bezichtigt. Er soll ausgesperrte Mendener Arbeiter nach auswärts in bestreikte Betriebe geschickt haben. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Von den ausgesperrten christlichen Metallarbeitern haben mehrere Arbeit genommen in einer Fabrik in Feuerbach bei Stuttgart, in welcher keinerlei Differenzen vorliegen. Kaum hatten dieses die sozialdemokratischen Organisierten erfahren, als auch schon eine ganze Anzahl von ihnen die Arbeit niederlegten, um so den Fabrikanten zu bestimmen, die christlichen Gewerkschaftler zu entlassen. Also Sozialdemokraten streifen, um christliche Arbeiter aus der Arbeit zu bringen, die seit Wochen ausgesperrt auf dem Pflaster gelegen hatten. Festgestellt ist, daß die Beamten Eckert und Ganz vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband auf den Fabrikhaber mit allen Mitteln einwirkten, um ihn zur Entlassung der christlichen Arbeiter zu pressen. Sie wiesen darauf hin, daß die Leute aus einem Lohnkampf kämen. Wenn es bekannt würde, daß er solche eingestellt, würde er Nachteile zu erwarten haben, und sie drohten ihm mit Volksversammlungen und der sozialdemokratischen Presse, um ihn einzuschüchtern und zu veranlassen, die christlichen Arbeiter zu entlassen!!

Weiter! Bei der Firma Poncellet in Hilden bei Düsseldorf traten die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in Streik, um die Firma zur Entlassung zweier Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes zu zwingen. Der Beamte des roten Verbandes gab selbst zu, daß vor dem Streik in einer Versammlung der Beschluß gefaßt worden sei, die Entlassung von zwei christlich organisierten zu verlangen. Naiv fügte er bei, man habe es aber der Firma anheimgestellt, dafür zwei andere christlich organisierte Arbeiter einzustellen. Doch das ist lediglich eine Phrasen, um über den Terrorismus hinwegzutäuschen. Der christliche Verband sah sich infolgedessen gezwungen, den Betrieb mit den eigenen Leuten zu betreiben, um den Terrorismus der Genossen zu brechen. Der Streik ist denn auch elend verbracht.

Bei all dem sind die Genossen auch unverfroren genug, den christlichen Metallarbeiterverband des Streikbruchs zu bezichtigen. Es ist das alte Spiel: Erst vergewaltigt man die christlich organisierten Arbeiter, und dann verlangt man auch von ihnen, sie sollen mit an dem Strick ziehen, der sie erdroffeln soll. Wie wenig Veranlassung die Genossen zu ihrem Geizhals haben, beweist folgende Notiz, die wir der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 27/1913) entnehmen:

„Ein interessanter Beleidigungsprozess. Menden, 9. Jan. 1913. Ein interessanter Prozess wurde heute vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsjuristen Pterlohn des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Hoffmeister, hatte gegen den Gewerkschaftssekretär Steinacker vom christlichen Metallarbeiterverband in Menden Privatbeleidigungsklage angebracht. Steinacker hatte mehrfach behauptet, Hoffmeister habe in einer am 27. August stattgefundenen Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Schmüle u. Co. mit dem zweiten Bevollmächtigten des roten Metallarbeiterverbandes in Pterlohn, Stork, erklärt: „Dann werden wir unsere Mitglieder (des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes) anweisen, Streikarbeit zu leisten. Es handelte sich um den damals bevorstehenden Streik der christlichen Arbeiter bei der Firma Schmüle u. Co. Der von Steinacker angetretene Wahrheitsbeweis für die obige Behauptung wurde vom Gericht als vollkommen erbracht angesehen und der Privatkläger Hoffmeister mit seiner Klage abgewiesen. Der Beilagte, Gewerkschaftssekretär Steinacker, hatte gegen Hoffmeister Widerklage erhoben, weil dieser in einer am 15. September in Menden abgehaltenen Volksversammlung ihn (Steinacker) einen gewissenlosen Schabrackenschneider genannt hatte. Einige weitere von Steinacker behauptete Beleidigungen

wurden vom Gericht nicht als genügend bewiesen angesehen. Wegen der oben angegebenen öffentlichen Beleidigung Stein- aders wurde Hofmeister zu 25 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde dem Wiederkläger die Publikationsbefugnis im Märkischen Volksblatt zugesprochen. Der Ausgang dieses Prozesses ist eine Verurteilung der Sozialdemokratie und ihres Verhaltens in Sachen der Mendener Aussperrung."

Angeichts dessen dürften die Genossen wohl besser tun, sich an der eigenen Nase zu halten und vor der eigenen Lüge zu kehren.

Die Moral mit doppeltem Boden, die der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie stets eigen war, bringt sie auch bei der glücklich beendeten Bewegung der Saarbürgerarbeiter zum Ausdruck.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat im Saarrevier einen Erfolg errungen. Daran vermag auch das blöde Geschimpf und Geheke in der sozialdemokratischen Presse nichts zu ändern. Jetzt hegt diese gegen den Gewerksverein, weil er es im Saarrevier nicht zum Streik kommen ließ. Ende des Jahres 1912 hatte der sozialdemokratische Bergarbeiterverband unter der Bergarbeiterchaft Niederschlesiens eine Bewegung, die ohne Streik beendet wurde, obwohl der Erfolg ein verschwindend geringer war. Damals suchte die rote Presse den sozialdemokratischen Verband mit groben Unwahrheiten herauszuhauen und die erregten Bergleute zu beruhigen.

Der alte Verband ist schon seit über zwanzig Jahren in Niederschlesien eingeführt und zählt einen großen Prozentsatz der dortigen Belegschaft zu seinen Mitgliedern. Erst im Jahre 1904/05 erfolgte die Einführung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter im Saarrevier. Nur der geringere Teil der Belegschaften fand den Weg zur Organisation.

Und was erreichten die beiden Organisationen in den letzten Jahren in den genannten Revieren? Nun, eine Nebeneinanderstellung der Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaften zeigt es.

In Niederschlesien, wo der sozialdemokratische Verband dominiert und einen großen Prozentsatz der Belegschaft zu Mitgliedern hat, betrug der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft pro Schicht:		Im Saarrevier, wo der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter nur einen geringen Prozentsatz der Arbeiter gewonnen hat, betrug der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft pro Schicht:	
im Jahre 1909	3.23 M.	im Jahre 1909	3.96 M.
" " 1910	3.23 "	" " 1910	3.97 "
" " 1911	3.30 "	" " 1911	4.06 "
1. Vierteljahr 1912	3.56 "	1. Vierteljahr 1912	4.17 "
2. " 1912	3.40 "	2. " 1912	4.21 "
3. " 1912	3.40 "	3. " 1912	4.21 "
3. " 1912	3.43 "	Oktober 1912	4.31 "
		November 1912	4.35 "

Eine weitere Lohnerhöhung ist bindend zugesagt.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat also ohne Zweifel viel günstiger abgeschnitten wie der sozialdemokratische Verband. Letzterer hecht trotz der geringen Erfolge seiner Bewegung am 1. Dezember vorigen Jahres deren Einstellung. Vom Gewerksverein wurde im Saarrevier auch die bindende Zusage einer weiteren Lohnerhöhung erreicht. Außerdem die Beseitigung der in der neuen Arbeitsordnung enthaltenen Verschlechterungen und das Versprechen einer Einschränkung der Strafe der Ablegung.

Das wird allerdings die Genossen nicht abhalten, dem Gewerksverein Arbeiterverrat vorzuwerfen, weil er im Saarrevier einen Waffenstillstand beschloffen hat, um abzuwarten, ob die bindenden Lohnversprechungen auch eingehalten werden.

Die Staubentwicklung in der Textilindustrie und ihre Bekämpfung. In der Textilindustrie gilt es vor allem, den gesundheitsgefährlichen Staub möglichst unwirksam zu machen. Den Berichten der Gewerbeinspektoren entnehmen wir, daß die Einrichtungen zur Beseitigung des Staubes in dieser Industrie fortwährend im Wachsen begriffen sind. Die Zahl der eingerichteten Entstaubungsanlagen ist in fort-dauerndem Wachstum begriffen.

Der Besitzer einer Rauherci im Bezirke Düsseldorf erklärte, daß die Entstaubungsanlage sich bezahlt mache durch Arbeitersparnis (1 Mann), volle Ausnutzung der Zeit (die Reinigungsarbeiten fallen weg), Schonung der Riemen, Wiedergewinnung reiner Abfallmaterials und Entziehung saubere Ware. Der Aufsichtsbearbeiter des Bezirkes Minden berichtet, daß in einer Baumwollweberei des Bezirkes 4 Raubmaschinen, 1 Scheermaschine und 1 Detattiermaschine mit Staubabjaugung versehen wurden. In der Spinnerei "Vorwärts" in Brackwebe wurde der im alten Hauptgebäude gelegene Korberislaal zwecks besserer Belichtung durch Tageslicht teilweise umgebaut und auch mit einer mustergültigen Einrichtung zur Beseitigung des an den Korben entstehenden Staubes unter gleichzeitiger Zuführung frischer, während der kalten Jahreszeit vorgewärmter Luft ausgestattet. Die Anlage, welche einen Kraftbedarf von 22,5 PS. erfordert, führt in einer Stunde, ohne daß eine der Arbeiter unangenehme Zugwirkung entstände, einen 31maligen Wechsel der Raumluft herbei und sonderbarerweise, d. h. in 60 Arbeitsstunden, von 15 Korben etwa 300 Kilogramm Staub in die Staubkammer. Ohne Frischluftzuführung, aber sonst in ähnlicher Weise, ist die Entstaubung einer Bindfadenfabrik durchgeführt worden; hier wird der an drei Korben und einer Schüttelmaschine entstehende Staub durch einen 5 PS. erfordernden Ventilator beseitigt.

Was speziell die Weberei anlangt, so wurden in den schlesischen Textilwerken in Landeshut und in Leppers-

dorf Kropfmaschinen mit recht gut wirkenden Staubabjaugungen versehen. Der Staub wird dabei an den Entstehungsstellen, nämlich am Messerwerk jeder Maschine, mittels eines Erhaufstors abgefangen, in je einen Zylinder gefaßt und darin zurückgehalten, so daß die Luft staubfrei austritt. In einer großen Flachsgarnspinnerei wurden die Maschinenhechelei, die Handhechelei und die Vorspinnerei für Flachsgarn mit mechanischen Entstaubungsanlagen ausgerüstet. Die Wirkung der Maschinenhechelei wird als auffallend günstig bezeichnet. Ferner sah sich die große Flachsgarnspinnerei in Erdmannsdorf veranlaßt, die selbsttätige Staubabjaugung einzuführen. Der Staub wird mit zweckmäßig verlegten Rohleitungen in drei Zylinder, die in einer großen Staubkammer aufgestellt worden sind, hineingepreßt, und aus ihnen entweicht die Luft völlig staubfrei. Die Erhaufstoranlage führt täglich bei zehnständiger Arbeitszeit etwa 2-3 Kubikmeter Flachstaub in die Kammer. Die Größe des Erhaufstors ist so gewählt, daß die Luft stündlich 15 mal in der Korberie und 20 mal in der Maschinenhechelei erneuert wird.

Zur Heizung und Erneuerung der Luft in den Arbeitsräumen wird durch zwei Ventilatoren von außen in je einen Raum mit Heizkörpern gepreßt, nach Bedürfnis erwärmt und in die Arbeitsräume durch einen an der Decke jedes Raumes entlanglaufenden, sich verjüngenden und mit Öffnungen versehenen Kanal geleitet. Dadurch findet eine ständige, von oben nach unten gehende Strömung der Luft statt. Mit der Frischluftzuführung ist eine Luftbefeuchtung in der Korberie und Maschinenhechelei verbunden. Die Luftbefeuchtungsapparate in der Korberie und Maschinenhechelei blauen stündlich je 176 Liter Wasser in die Räume. In einer großen Baumwollspinnerei und -Weberei des Bezirkes Ansbere wurden alle zwölf Krepelmaschinen an die Staubabjaugung angeschlossen, deren Wirkung beim Reinigen der Krepel durch Umlegung eines Hebels noch verstärkt werden kann, so daß jetzt kein Staub mehr in den Arbeitsraum gelangen kann. Die neuen Raubmaschinen wurden an eine besondere Entstaubungsanlage angeschlossen, aus der Schlichterei mit zwei Schlichtmaschinen und im angrenzenden Webereislaal durch geschlichtete Röhren verteilt. Die auf diese Weise in den Webereislaal eingeführte geringe Feuchtigkeit ist für die Gewebe vorteilhaft.

Die Tarifverträge 1911/12. Nach der in der letzten Nummer (12, 1912) des "Reichsarbeitsblatt", der Zeitschrift des Kaiserlich Statistischen Amtes, mitgeteilten Statistik über die Tarifverträge Ende 1911 bezw. Anfang 1912 ergibt sich von der Gesamtsumme der 10520 Tarifverträge folgende Verteilung auf die einzelnen Gewerbegruppen (die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Zahl der Betriebe bezw. Personen, die von den Tarifverträgen erfaßt werden):

Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei 24 (378 1207), Industrie der Steine und Erden 609

Wie das englische Volk sich selbst regiert.

(Schluß.)

K. Neben den Staatssteuern darf man jedoch, um ein richtiges Bild von der Art des englischen Steuerwesens zu bekommen, die Kommunalsteuern nicht übersehen, ganz ebenso wie es nicht recht ist, bei der Diskussion des deutschen Steuerrechts die einzelstaatlichen Steuern zu vergessen. Die englischen Kommunalsteuern haben aber ein bedeutend weniger soziales Ansehen, als die im allgemeinen durchaus annehmbaren Staatssteuern. Vor allem gilt das von der Hauptkommunalsteuer, der Armensteuer. Diese wird in der Art erhoben, daß der Nutzwert des Grund und Bodens (bezgl. der Mietwert der Häuser) festgesetzt wird und die Steuer dann in einem dem Steuerbedarf des Bezirkes (als solche werden die Armenpflegebezirke genommen) entsprechenden Prozentsatz berechnet wird. Dabei bringen den Hauptbeitrag dieser Steuer naturgemäß die Lohn- und Geschäftshäuser. Die Steuer wird hier aber von dem Vermieter auf den Mieter abgemalt und so ist die Armensteuer in den Städten direkt eine Mietsteuer. Die anderen Kommunalsteuern sind dieser Grundkommunalsteuer nachgebildet.

Alles in allem sagt selbst keine Meinung über das englische Steuerwesen in folgendem Vergleich zusammen: Eine englische Arbeiterfamilie mit einem Gesamtinkommen von 150 M. ist von Staatsinkommenssteuern befreit, ihre notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel sind nicht mit Zöllen belastet, dafür hat sie aber (direkt oder indirekt durch entsprechend höhere Miete) rund 75 M. an Kommunalsteuern zu zahlen. Sie ist also infolge des unsozialen englischen Kommunalsteuersystems finanziell nicht viel besser gestellt als eine deutsche Arbeiterfamilie, die bei 150 M. Einkommen an direkten und indirekten Steuern auch mit ca. 75 M. belastet ist."

Die Gesamtbelastung an Zöllen, Staats- und Kommunalsteuern beträgt in England pro Kopf der Bevölkerung rund 90 M., in Deutschland rund 60 M. Der außerordentlich große Mehrbetrag pro Kopf erzielt England aus der Verbrauchssteuer, der Einkommenssteuer und der außerordentlich hohen Belastung des Tabaks und der alkoholischen Getränke.

England als Freihandelsland. In dem vorigen Artikel ist gesagt worden, daß England keine Schutzzölle kenne, also ein Freihandelsland sei. Damit ist nun nicht gesagt, daß England gar keine Zölle und keine finanziellen Protektionsmaßnahmen zum Schutze von Handel und Industrie getroffen habe.

Zunächst hat England sehr hohe Finanzzölle auf alle diejenigen Waren, die im Saube selbst nicht hergestellt

werden. Diese Finanzzölle bringen dem englischen Staatshaushalte bald joviell ein wie die Einnahmen aus unseren ganzen deutschen Schutzzöllen betragen. Dann aber hat England manche tief einschneidende Maßnahmen zum Schutze der heimischen Industrie vor der ausländischen Konkurrenz getroffen, die zum Teil viel härter sind und viel abschließender wirken als unser deutsches Schutzollsystem.

Als mit den 80er Jahren die deutschen Waren in England einzudringen begannen, erregte das den Unmut der englischen Fabrikanten. Sie riefen die Regierung um Hilfe an. So wurde im Jahre 1888 das Gesetz betr. die Einfuhr ausländischer Waren speziell mit Rücksicht auf die deutsche Konkurrenz geschaffen. Seit der Zeit mußte jede aus Deutschland eingeführte Ware in Bezeichnung "made in Germany" (gemacht in Deutschland) tragen. Man wollte damit die deutschen Waren, die man minderwertig und schlecht hielt, im Handel verpöhlen. Aber das Gegenteil wurde erreicht. Die Bezeichnung "made in Germany" ist zu einer Schutzmarke für deutsche Waren auf dem englischen Markte geworden, die ihr zu einem weiteren Kundencreis verholfen hat. Jetzt ist zur Erleichterung der ausländischen Einfuhr nach England die Bestimmung getroffen, daß jede ausländische Ware durch die Bezeichnung: "Gemacht im Auslande" gekennzeichnet sein muß.

Als trotz dieser Protektionsmaßnahmen deutsche Waren auf dem englischen Markte behaupteten und eine immer größere Verbreitung fanden, machte ein jüngerer Engländer die Entdeckung, daß die deutsche Konkurrenzmöglichkeit nur in der Billigkeit der Produktion liege, da diese vielfach Gefängnisarbeit sei. 1897 wurde, wieder mit Rücksicht auf die deutsche Konkurrenz, ein Gesetz erlassen, das die Einfuhr von Gefängnisarbeit verbietet. Die englischen Macher haben es verstanden, namentlich die Arbeiter für dieses Gesetz warm zu machen.

Ein weiteres Stück in der Reihe der englischen Schutzmaßnahmen ist das englische Patentgesetz vom Jahre 1909. Das Gesetz gewährt zunächst nur englischen Patenten vollen Schutz. Ausländische Patente sind vor der freien Ausbeutung nur dann geschützt, wenn sie im Inland, d. h. in England selbst, hergestellt worden sind. Das hat zunächst eine fremdländische Patentenimport nach England zur Folge. Ausländische Patentbesitzer sind gezwungen, wenn sie ihre Erfindungen in England ausnützen wollen, hier Fabriken zu errichten. Sie sind dadurch gezwungen, der englischen Bevölkerung Arbeit zu geben, dem englischen Staate und englischen Kommunen Steuern zu zahlen, an der Entwicklung von Englands Wirtschaftsleben und an der Konkurrenz gegen ihr eigenes Heimatland mitzuwirken.

Somit, ein eigentliches Schutzollsystem hat England nicht. Es hat seine Landwirtschaft zugrunde gehen lassen

und sich ganz auf die Industrie eingerichtet. Aber es ist dabei noch zu berücksichtigen, daß England auf dem Markte industrieller Erzeugnisse bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein gar keine Konkurrenten hatte. Es brauchte also das Eindringen fremder Waren gar nicht zu fürchten und konnte sich konkurrenzlos den Markt erobern. In dem Maße, als die Konkurrenz kam und wuchs, nahmen die staatlichen Protektionsmaßnahmen und auch die Stimmen für ein regelrechtes Schutzollsystem zu. Dann ist England im Vergleich zu Deutschland viel mehr handels- als Industriestaat. Es hat ferner in vielen Industrien einen natürlichen Vorprung gegen beispielsweise Deutschland.

England hat also keine eigentlichen Schutzzölle, wohl aber Finanzzölle, hat ferner ein ausgedehntes Protektions-system für seinen Handel und seine Industrie.

Die innere Verwaltung ist folgendermaßen organisiert: Nominell bestehen zwar noch die alten Administrationsbezirke, die Grafschaften, ja sogar noch ihr Vorsteher, der Lordlieutenant, faktiv aber haben wir in der inneren englischen Verwaltung keine Administrationsverwaltung mehr, sondern besteht die uneingeschränkte Selbstverwaltung. Der Selbstverwaltungskörper ist in den ländlichen Bezirken der Grafschaftsrat, dessen Vorsitzender der englische Landrat ist. Wahlberechtigt und wählbar zum Grafschaftsrat sind alle männlichen und weiblichen Haus- und Grundbesitzer und alle männlichen und weiblichen Grafschaftsbewohner, die eine Wohnung selbständig (nicht möbliert) gemietet haben, d. h. alle Haushaltungsvorstände. Städte mit über 50000 Einwohnern bilden eigene "Stadtgrafschaften". Dem genannten Vorsitzenden des Grafschaftsrats entspricht in den Stadtgrafschaften der Bürgermeister, Oberbürgermeister (Mayor, Lord-mayor).

Den Selbstverwaltungskörpern gegenüber sind die Staatsbehörden vorwiegend beschränkt auf Aufsichts-befugnisse. Im Gegensatz zu der detaillierten Organisation der staatlichen Aufsichtsbehörden in Deutschland bestehen in England nur sogenannte Lokalverwaltungsämter, die die staatlichen Aufsichtsbefugnisse den Selbstverwaltungskörpern gegenüber wahrnehmen, und zwar gibt es für England und Wales, Schottland und Irland nur je ein Lokalverwaltungsamt.

Wenn ich noch ein Schlusswort über das englische Staatsverfassungs- und Verwaltungswesen anhängen darf, so ist es das, daß es jedenfalls den Eindruck des organisch Gewordenen macht, aber eben deshalb nicht ichematisch auf andere Staats- und Volkszustände übertragen werden kann, vielmehr nur dazu anfeuern kann, auch sein Staats- und Volksleben organisch aus sich selbst heraus zur Entwicklung, Entfaltung und Blüte zu bringen.

(5846 46101), Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen... 1185 (19 987 190 065, Textilindustrie 187 (587 15 916), Papierindustrie 117 (2674 27 794), Lederindustrie 290 (7296 33 341), Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 1247 (27 291 235 419), Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 1710 (10 661 98 226), Bekleidungsindustrie 767 (23 391 181 391), Reinigungsindustrie 22 (1145 832), Baugewerbe 2702 (70 533 580 663), Polygraphische Gewerbe 64 (104 9159), Handelsgewerbe 66 (84 4589), Verkehrsgewerbe 500 (7778 73 378), Gast- und Schankwirtschaft 135 (1100 4204), Sonstiges 545 (4066 64 868), Summe 10 520 (133 232 1 552 827).

Im Jahre 1911 traten neu in Kraft 3868 Tarifverträge für 46 756 Betriebe mit 416 923 Personen. Von diesen Tarifgemeinschaften erstreckten sich 2085 mit 37 288 Betrieben und 166 529 Personen im wesentlichen auf das Handwerk. Die bisherige Tarifstatistik des Reichsstatistischen Amtes umfaßt jeweilig die Tarifverträge, die im letzten Jahre in Kraft getreten sind. Bereits am Anfang 1912 ist eine Reform in die Wege geleitet, auf Grund deren nicht nur die Tarife des Berichtsjahres, sondern sämtliche im Berichtsjahr in Kraft befindlichen Tarifverträge, auch die aus früheren Jahren übernommenen, ihrem ganzen Inhalt nach dargestellt werden sollen.

Sache der Verbände wird es sein müssen, trotz der damit verbundenen Arbeitsvermehrung für eine genaue und rechtzeitige Berichterstattung Sorge zu tragen, um so zu einer Verbollständigung der Tarifstatistik beizutragen, die ein lückenloses Bild der gesamten tariflich geregelten Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reich geben soll.

Die „Bettelsuppen“ der Arbeiterversicherung. Es ist noch gar nicht so lange Zeit her — und in der Agitation geschieht es vielfach auch heute noch — daß seitens der Sozialdemokratie die Leistungen unserer deutschen Arbeiterversicherung wegwerfend als „Bettelsuppen“ bezeichnet wurden, um ihren Wert den Massen als möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen. Damit soll dann zugleich das Verhalten der Sozialdemokratie gemißfallen entschuldigt werden, deren vielgepriesene und „allein echte“ Arbeiterfreundlichkeit sie nicht abgehalten hat, gegen die heute von den Arbeitern als so wohlthätig empfundene Arbeiterversicherung in ihren grundlegenden Gesetzen zu stimmen. Wie die „Bettelsuppen“ aber im Lichte der Wahrheit ausfallen, möge folgende Aufstellung lehren, zu der eine Beilage zum eben erschienenen Dezemberheft des „Reichsarbeitsblatt“ das Material liefert.

In dem Vierteljahrshundert 1885/1910 wurden in der Krankenversicherung Entschädigungen gezahlt für 92 582 319 Erkrankungsfälle mit 1 679 535 045 Krankentagen; in der

Unfallversicherung Unfälle entschädigt insgesamt 2 273 137; in der Invalidenversicherung Renten gezahlt 2 471 247, davon

Invalidentrenten 1 862 798
Krankentrenten 115 455
Alterrenten 492 994

Von den Beitragsentlastungen entfielen auf -
Beitrag 2 109 632
Unfall 6 519
Tob 472 902

Die Einnahmen betragen im angegebenen Zeitraum bei der Arbeiterversicherung insgesamt 11 642 652 800 (in Worten über 11 1/2 Milliarden) Mark, die Ausgaben 9 086 567 900 über 9 Milliarden Mark.

Von den Beiträgen, aus denen sich im wesentlichen die Einnahmen zusammensetzen, entfielen auf die Arbeitgeber, in runden Summen ausgedrückt, 5,25 Milliarden und auf die Versicherten 4,64 Milliarden Mark. Der Zuschuß des Reiches, der bekanntlich aus den Mitteln der Allgemeinheit gezahlt wird, bezifferte sich auf 640 Millionen Mark. Das Vermögen belief sich bei der gesamten Versicherung auf 2,5 Milliarden Mark.

Im einzelnen hat 1885/1910 die
Krankenversicherung Einnahmen Ausgaben Vermögen
Unfallversicherung 4 970 224 000 4 617 040 000 3 185 733 300
Invalidenversicherung 2 145 286 000 2 174 186 500 540 342 000

Invalidenversicherung 3 957 500 200 2 295 341 400 1 662 158 700
Was endlich die Entschädigungsleistungen der einzelnen Versicherungsarten anbelangt, so betrug deren Summe bei der Krankenversicherung 4 351 764 900 M., Unfallversicherung 1 972 734 400 „ Invalidenversicherung 2 068 432 100 „

Um einige Leistungen hervorzuheben, wurden z. B. verausgabt bei der

Krankenversicherung
für ärztliche Behandlung 925 318 600 M.
„ Arznei und Heilmittel 667 553 200 „
„ Krankengeld 1 927 573 100 „
„ Krankenhauspflege 563 694 200 „
Unfallversicherung
für Krankenfürsorge 1524 9100 M.
„ Hinterbliebenrente 1 422 166 300 „
„ Hinterbliebenrente 355 605 100 „
„ Witwenabfindung 132 328 800 „
„ Invalidenversicherung (seit 1891) 152 571 800 M.
für Heilverfahren 1 331 596 100 „
„ Invalidentrente 438 523 900 „
„ Krankentrente 292 486 600 „

Im Lichte dieser Millionen- und Milliardenziffern nimmt sich die deutsche Arbeiterversicherung doch ganz anders aus, als wie sie die Sozialdemokratie erscheinen lassen möchte.

Die Härten des mechanischen Erlöschens der Anwartschaft. Die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungsstag weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Diese Bestimmungen stellen, wie Oberverwaltungsgerichtsrat Weymann in seiner „Dar-

stellung der deutschen Reichsversicherung“ (Frankfurt a. M., Schnapper, Preis 3 M.) mit Recht ausführt, insofern eine erhebliche Härte dar, als hierdurch unter Umständen auch diejenigen getroffen werden, die ein langes Arbeitsleben hindurch Woche für Woche ihre Beiträge — vielleicht 2000 oder mehr — pünktlich aufgebracht haben. Bedeutet das unzweifelhaft schon im Rahmen der Invalidenversicherung eine schwere Härte, so steigert sich diese aber bis zur Unerträglichkeit, wenn durch das Erlöschen der Anwartschaft nicht nur die eigene Existenz des Versicherten selbst, sondern auch die Fürsorge für seine Hinterbliebenen, auf die er sich verlassen hatte, mit einem Schläge vernichtet wird. Es ist ein dringendes Gebot sozialer Fürsorge, Witwen und Waisen vor der Möglichkeit derartiger Schläge zu bewahren. Wege hierzu stehen zur Verfügung.

Man könnte die nachträgliche Beitragsleistung mit einer verringerten Wirkung ausbitten. Man könnte Strafzuschläge und Zuschläge zur Einbringung der hinterzogenen Rinsen auferlegen, sogar die nachgebrachten Beiträge von der Berücksichtigung bei der Rentenberechnung ganz ausschließen, ihnen also nur die Wirkung belassen, die Anwartschaft zu erhalten, den Rentenbeginn entsprechend hinauszuschieben und dergleichen. Man würde damit die Möglichkeit schaffen, die Mindestanforderungen an die Beitragsleistung ganz erheblich zu erhöhen, was ohnehin sehr wünschenswert sein würde, und gleichzeitig die Beschränkungen, die der Nachrichtung von Pflichtbeiträgen gezogen sind, fallen zu lassen oder wesentlich zu verringern, zumal wenn man zugleich die Wartezeit auf 500 Beitragswochen ausdehnte; denn mit Rücksicht auf die kurze Wartezeit und auf das Erlöschen der Anwartschaft ist die Nachrichtung so eingeschränkt worden, wie es das gegenwärtige Gesetz vorsieht; man würde damit das Einkommen der Versicherten ausbitten an laufenden und rückständigen Beiträgen um Hunderttausende, wahrscheinlich um Millionen von Mark jährlich erhöhen, die ihnen jetzt regelmäßig entgehen; und zu alledem würde man endlich die immer schwereren, oft vernichtenden, dem Wesen der Sozialpolitik durchaus widersprechenden Schläge beseitigen, die gegenwärtig auf Grund des Erlöschens der Anwartschaft jährlich mehrere tausend Versicherte treffen und nach Einführung der Hinterbliebenenversicherung noch viel härter als jetzt treffen werden. Zum mindesten sollte man das Erlöschen der Anwartschaft ausschließen oder wenigstens seine nachträgliche Rückgängigmachung gestatten in denjenigen Fällen, in denen kein oder nur ein geringes Verschulden des Versicherten vorliegt, sowie vor allem in den Fällen, in denen hochwertige, durch eine jahrzehntelange regelmäßige Beitragsleistung begründete Anwartschaften betagter Versichelter in Frage kommen und in denen der Wert der Anwartschaft zu dem hinterzogenen Betrage in keinem Verhältnis steht.

„Der Gesamtverband deutscher Krankenkassen“, die junge, auf nationalem Boden stehende Krankentafelorganisation, hielt am Neujahrstage in Essen eine vollzählig besuchte Mitgliederversammlung ab.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Reichstagsabgeordnete Kollege Becker erstattete, ging hervor, daß die Entwicklung des Verbandes trotz der bisherigen verhältnismäßig geringen Agitation eine durchaus befriedigende ist. Die erste halbe Million Mitglieder ist bald erreicht. Die Herausgabe der ersten Nummer des eigenen Verbandsorgans soll bereits am 10. Januar erfolgen. Das Verbandsorgan soll heißen „Die Krankenversicherung“, mit dem Untertitel „Zeitschrift für das soziale Versicherungswesen“. Der Abonnementpreis wurde auf vierteljährlich 1,25 M. ausschließlich Bestellgebühr festgesetzt. Die Zeitung soll jeden 10. und 25. im Monat erscheinen. Anerkannte Praktiker und Theoretiker haben ihre Mitarbeit an dem Verbandsorgan zugesagt, wie z. B. Amtsgerichtsrat Hahn, von Frankenberg, Geh. Ob.-Regierungsrat Hoffmann, Dr. Treutlein, Professor Dr. Hise, Landesrat Dr. Schmidmann, Justizrat Trimborn u. a. n.

Ende April oder anfangs Mai soll in Essen im Städtischen Saalbau ein großer Krankentafeltag seitens des Verbandes abgehalten werden. Dieser wird sich voraussichtlich mit den brennendsten Angelegenheiten, wie Ärzte- und Apothekerfrage, Umorganisation der Krankenkassen und die daraus entstehende Massenangelegenheiten beschäftigen. Herr Abgeordneter Becker wurde sodann endgültig und einstimmig zum Geschäftsführer des Verbandes und Redakteur des Verbandsorgans gewählt. Die Geschäftsstelle soll nach wie vor in Köln, Eintrachtstraße 147 bleiben.

Nachdem noch eine Anzahl praktischer Fragen und Vorschläge zur weiteren Förderung des Gesamtverbandes gemacht und behandelt waren, so u. a. auch die Frage des teilweisen Beitragsverlasses für beitretende Bezirks- oder Landesverbände, nahm der Vorsitzende Behrens das Schlußwort. Er gedachte der Zeit vor hundert Jahren als unser Vaterland der Befreiung vom Franzosenjoch entgegenging; eingedenk dessen möchten die Mitgliederversammlung und die erschienenen Vertreter dafür sorgen, daß auch die soziale Fürsorge, die nun im geeinigten Deutschen Reich den wirtschaftlich Schwachen gegeben ist, nicht als Mittel gegen die deutschen Völk- und Reichsinteressen von den Vaterlandsfeinden gebraucht werden. Mit dem Appell, nunmehr in eine lebhaftere Agitation für den Gesamtverband deutscher Krankentafeln seitens aller Mitglieder und Freunde einzutreten, schloß der Vorsitzende die äußerst angeregte Versammlung.

Aus unserer Industrie.

Die Schädigung der österreichischen Industrie durch den Krieg.

Das österreichische Abgeordnetenhaus begann jüngst die zweite Lesung des Budgetprovisoriums. Der erste Teil der Sitzung wurde ausgefüllt durch die Ausführungen der Minoritätsberichterstattung, darunter der Ruthenen, die mehrstündige Dauerreden hielten. Um 9 1/2 Uhr abends ergriff der Finanzminister das Wort. Er äußerte sich über die Schädigungen, welche die österreich-ungarische Volkswirtschaft durch den Balkankrieg erleidet. Alle Kreise der Industrie, welche an dem Exporte nach den Balkanländern beteiligt sind, werden betroffen. Dieser Export ist so plötzlich ab, daß vollende Waren unterwegs zurückbeordert werden mußten. Durch die Dekretierung der Revolutoren in den kriegführenden Staaten mit Ausnahme der Türkei wurden außerdem die Außenstände unserer Industrie am Balkan für längere Zeit uneinbringlich. Am meisten litt darunter unsere Textilindustrie, namentlich die Baumwollindustrie. Es mußten namhafte Reduktionen in einigen Betrieben vorgenommen werden, und es sind alle Neben- und Hilfsindustrien in Mitleidenchaft gezogen. Die höchst ungünstige Lage der österreichischen Arbeiter von Baumwolle veranlaßt sie, ihre überflüssigen Garne in verstärktem Maße auf den deutschen und holländischen Markt zu werfen. Im Monat Oktober wurden rund 6,5 Millionen Pfund und im Monat November rund 5 Millionen Pfund Garne mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres von Oesterreich eingeführt, und zwar zu Preisen, welche wesentlich niedriger sind als die deutschen bzw. die holländischen. Diese Ausfuhr wird sicherlich noch eine Steigerung erfahren, da die Einschränkung des Betriebes der Baumwollweberei Oesterreichs an Umfang zunimmt und tatsächlicher Bedarf an Garnen nur bei wenigen solchen Fabriken vorliegt, welche einer Gruppe angehören, der Lieferungen für das Heer übertragen worden sind.

Die Balkanverhältnisse lösten aber eine allgemeine Unsicherheit aus, welche zunächst eine ziemlich unvermittelte Einschränkung des Inlandskonsums zur Folge hatte, worunter alle Industrien mit wenigen Ausnahmen empfindlich zu leiden hatten. Noch härter wurde unsere Volkswirtschaft getroffen durch die starke und zweifellos übertriebene Kündigung von gewährten Krediten und die Sistierung neuer Kreditgewährungen, wodurch die seit vielen Monaten herrschende Anspannung im Geld- und Kreditmarkt sehr verschärft wurde. Die ärgste Gefahr drohte unserer Wirtschaft von der plötzlichen und in einigen Orten geradezu stürmischen Abziehung der Einlagen von den Sparkassen. Dank der von ihm im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Bank getroffenen Maßnahmen habe sich bei keinem einzigen Institute eine wirkliche Stockung bei der Rückzahlung der Einlagen ergeben, trotzdem diese Rückzahlungen bisher ungeahnte Dimensionen angenommen hätten. Der Finanzminister schloß: „Die schwarzen Wolken, die den politischen Horizont einige Zeit umdüstert haben, sind im Rückgang begriffen, und wir dürfen mit ruhiger Zuversicht in die nächste Zukunft blicken.“

Der Wollhandel 1912.

Wie immer um die Jahreswende sind auch heuer bei Beginn des neuen Jahres verschiedene Wollhändler von Ruf zeitig an der Arbeit, in Jahresberichten das Bild des Wollgewerbes zu entwerfen. So schicken eben drei solcher Firmen ihre Jahresberichte aus: die Firma Gustav Ebell & Co. in Berlin, die Allgemeine Handelsgesellschaft in Antwerpen und die Ungarische Allgemeine Creditbank in Budapest. Alle drei stimmen in der Hauptsache darin überein, daß 1912 für das Wollgewerbe sehr bemerkenswerte Züge trug, indem es trotz politisch bewegter Zeit, trotz eines Niesenkreises in England (Wohlfühlcr), trotz höchst absonderlicher Witterung in Form der großen Käse im Herbst und trotz scharfer Gelddeuerung in der zweiten Jahreshälfte zu einer steten Aufwärtsbewegung der Preise kam. Diese, die Preise, stiegen bei Schluß 1911 auf der ganzen Linie ganz wesentlich höher als Ende 1912 und überhaupt höher als in den ganzen sechs Jahren. Nur das Jahr 1907 sah zeitweilig gleich hohe oder noch höhere Sätze als gegenwärtig. Die Allgemeine Handelsgesellschaft in Antwerpen gibt über die

Preisbewegung in den letzten sechs Jahren eine sehr instructive Uebersicht, aus welcher etliche Ziffern hier Platz finden mögen:

	La Plata Kontrakt B.	Buenos Ayres zweifach	Austral courante A. A. Handelsplacces
höchst	1907 Frchs. 6.22 1/2	Frchs. 5.75	Frchs. 6.60
Ende	1907 " 5.30	" 4.80	" 5.50
niedrigst	1908 " 4.10	" 3.70	" 4.20
Ende	1908 " 5.30	" 4.65	" 5.—
"	1909 " 5.75	" 5.40	" 5.80
"	1910 " 5.75	" 5.20	" 5.60
"	1911 " 5.35	" 4.85	" 5.35
"	1912 " 5.90	" 5.60	" 6.—

Eine solche ungewöhnliche Aufwärtsbewegung der Preise konnte unmöglich bloßes Werk der Spekulation sein, sie mußte vielmehr ihre Triebfeder in der realen Lage des ganzen Gewerbes haben. Es lag im Wollgewerbe der ganzen Welt zunächst voll auf Arbeitsstoff vor. Weiterhin aber — und dies gab nächstdem wohl den Ausschlag — tauchte am Horizont schon früh die Sorge um geringeren Ausfall der Wollschur 1912 resp. 1912/13 im Hauptproduktionslande, in Australien auf, auch am La Plata, so denkt man, wird es ohne Schurausfall nicht ganz abgehen. Im Total nimmt man an, daß Australien uns heuer 250—300 000 Ballen

Wolle weniger als im Vorjahre bringen werde, Argentinien 20-30 000 Ballen weniger, während am Kap umgekehrt etwas mehr zu erwarten ist. Ueber den Effekt dieses voraussichtlichen

Ausfall in den heurigen Ueberseeewollschuren heißt es im Bericht der Firma Ebell & Co. u. a. wie folgt: Die schon früh im Jahre aufgetauchte Meinung von einer australischen Minderchur von 200-300 000 Ballen hatte natürlich erhöhte Bedeutung gewonnen, als im späteren Laufe des Jahres die Beschäftigung der Spinner sich besserte und, nach dem langfristigen Zug-Steuerungsbüchlein zu urteilen auch auf weit hinaus gesichert schien. Auch die anderen Industrieländer, Amerika nicht ausgenommen, berichteten von einer guten, zum Teil glänzenden Beschäftigung des Wollgewerbes.

Smitten einer Weltkonjunktur konnte den Wollverbrauchern nun wohl die Sorge kommen, ob sie dem hochwahrscheinlichen, wenn nicht schon gewissen Mehrbedarf der Minderchur mit der Zeit nicht Knappheit oder wirklichen Mangel an Wolle im Gefolge haben würde. Und so stark muß diese Sorge zu Anfang der neuen Einkaufszeit vorgeherrschet haben, daß kaufmännische Bestrebungen nirgends wirklich zutage traten, obwohl sich ihnen in den Gefahren der politischen Zeitlage doch wahrlich ungezwungen genug ein mächtiger Helfer darbot. Aber wenn sich für die Neuschur auch gleichsam unvermittelt eine um 10-15 Proz. höhere Basis über See herausbildeten und festsetzen konnte, so darf doch andererseits als sicher gelten, daß die Spekulation nach Lage der Dinge nicht nur keinen Ansporn fand, sich zu betätigen, sondern sich vielmehr dauernd so gut wie matt gesetzt sah. Um so gefestigter muß darum auch der im letzten Vierteljahr erfolgte Preisanstieg seinem ganzen inneren Gefüge nach sein und in der Tat kann selbst eine kritische Betrachtung keine Auswüchse darin entdecken, wie sehr auch der Wunsch nach billigeren Wollpreisen den Blick schärfen möge.

Die Firma Ebell & Co. verhehlt sich nicht, daß das hitzige und ungestüme Treiben im letzten Vierteljahr 1912 unter anderen Umständen Mißtrauen verdienen würde, der jetzige Preisstand jübe aber mit seinem Rückgrat in der realen Lage des Gewerbes, nicht in Spekulationsstreibererei. „So war es denn (sagt die Firma) vornehmlich, wenn nicht ausschließlich die Industrie, welche über See kaufte — gewiß nur nach dem Maße ihrer Klar zu überblickenden Bedürfnisse, während dem Handel, für dessen Unternehmungen nun einmal spekulative Erwägungen vornehmlich maßgebend bleiben, die Unterlage für seine Berechnungen immer mehr verloren ging bei der sich steigenden Unsicherheit aller Verhältnisse. Wer sich aber doch das richtige Augenmaß für weiter als von heute zu morgen zutraute, wird trotz alledem über See nicht dauernd abseits gestanden haben und dies schwerlich zu bereuen brauchen. Denn die Hoffnung, nach Neujahr über See billiger kaufen zu können, hegt angesichts der nur noch kleinen Schwerkraft über See — klein im Vergleich zu anderen Jahren — und der stark zusammengekauften Stammszulager heute wohl niemand mehr.

Einfuhr von Baumwollenwaren nach den Vereinigten Staaten von Amerika 1911/12.

Die Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika an Baumwollenzengen, roh oder gebleicht oder gefärbt oder bedruckt betrug im Fiskaljahr 1911/12: 46 710 473 sq. y. (Quadratkard zu 0,5 m) im Werte von 7 760 729 Dollar. Die Einfuhr hat gegenüber dem vorigen Jahre in der Menge um 15%, im Werte um rund 12% abgenommen. Die Einfuhr der rohen Gewebe dieser Art ist sehr gering geworden, sie betrug nur 3 736 612 sq. y. im Werte von 415 676 Doll. und hat in der Menge und im Werte um 10% abgenommen. Die Einfuhr gebleichteter Ware erreichte in der Menge nur 12 723 841 sq. y., im Werte 2 133 678 Doll.; sie hat in der Menge um rund 7%, im Werte um 10% abgenommen. Die größte Abnahme, 20%, in der Menge und 17% im Werte, zeigte die Einfuhr gefärbter und bedruckter Baumwollenzenge, die 30 250 020 sq. y. im Werte von 5 211 375 Doll. betrug. Die Anteile der einzelnen Erzeugungsländer an der Einfuhr von Baumwollenzengen waren folgende:

Menge	Zu- oder Abnahme	Wert	Zu- oder Abnahme
sq. y.	%	Doll.	%
Großbritannien 36 234 735	- 18	5 707 229	- 14
Frankreich 4 096 807	- 2	1 053 438	+ 1
Deutschland 2 125 804	- 9	385 970	- 1
Schweiz 1 635 714	- 35	254 060	- 33

Der Wert der Einfuhr von Strick- und Wirkwaren betrug nur 3 247 594 Doll., er hat um 22% abgenommen. Den Hauptanteil an dieser Einfuhr haben die Strampfwaren, von denen 2 227 249 Dutzend Paar im Werte von 2 786 168 Doll. eingeführt wurden. Die Menge der eingeführten Strampfwaren hat um 19%, der Wert sogar um 23% abgenommen. Der Wert der von Deutschland eingeführten Strick- und Wirkwaren betrug 288 570 Doll., er hat um rund 23% abgenommen. Der Rückgang der Einfuhr von Strampfwaren seit 1910 beträgt 51%. Zu diesem Rückgang hat außer dem Nachlassen des Bedarfs an sich, auch der hohe Zoll, der für die billigsten Sorten sich auf 92% vom Werte stellt, und die Mode der Seidenstrümpfe beigetragen.

Die Einfuhr von anderen Kleidungsstücken hatte einen Wert von 3 635 393 Doll. und hat um etwa 9% abgenommen. Hervorragenden Anteil an dieser Einfuhr haben die ganz oder zum Teil aus Spitzen und Stidereien bestehenden Bekleidungsstücke, und da diese sehr in Mode waren, hat die Einfuhr nur wenig gelitten. In dieser Einfuhr ist hauptsächlich Deutschland und Frankreich beteiligt.

Die Einfuhr der Taschentücher und Halstücher ist um 24% zurückgegangen, ihr Wert betrug nur 374 401 Doll.

Spitzen, Stidereien und Befahartikel, die von der Mode stark begünstigt wurden, haben eine kleine Zunahme der Einfuhr, die 1912 einen Wert von 37 094 161 Doll. erreichte, zu verzeichnen. Die Zunahme beträgt etwa 3%. Die Statistik zerlegt in diesem Jahre zum ersten Male diese Einfuhr in einzelne Teile. Von der obengenannten Gesamtsumme entfallen 15 464 473 Doll. auf Stidereien, 13 766 453 Doll. auf Spitzen, 955 036 Doll. auf Netze und Webstoffe, 875 116 Doll. auf Handarbeitsspitzen, 837 759 Doll. auf Spitzengardinen; 5 115 872 Doll. entfallen auf nicht besonders genannte Artikel wie Mäntel und Papiementerie. Die Herstellungsländer sind an der Einfuhr wie folgt beteiligt:

Schweiz 13 027 802 Dollar (- 5%), Frankreich 8 143 732 Doll. (+ 4%), Deutschland 7 565 281 Doll. (+ 3%), England 6 468 863 Doll. (+ 14 %).

Auch Baumwollensplüsch und Belveteens haben sich größeren Absatz verschafft als im Vorjahr. Es wurden 4 836 578 sq. y. im Werte von 2 443 946 Doll. eingeführt. Es ergibt sich eine Zunahme der Menge von 12% und des Wertes von 32%. Etwa 70% der Einfuhr ist englisches, etwa 25% deutsches Fabrikat. Dieser von der Mode begünstigte Artikel wird in den Vereinigten Staaten wegen der für ihn notwendigen Handarbeit nur wenig hergestellt.

Die Einfuhr von Baumwollengarnen betrug 6 827 046 Pfund im Werte von 4 028 127 Doll., sie hat um 4% sowohl in der Menge wie im Werte abgenommen. Deutschland ist an dieser Einfuhr mit einem Anteil von höchstens 10% beteiligt, etwa 80% entfallen auf die Einfuhr aus England.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Dingelstädt.

Erfolgreicher Tarifabschluss. Am 1. Januar 1913 war der zwischen der Firma Scheithaas mech. Striderei und Wollwarenfabrik in Dingelstädt und ihren Arbeitern bestehende Tarif abgelaufen. Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, einen neuen Tarif für zwei Jahre abzuschließen. Die geführten Verhandlungen haben ergeben, daß es wohl möglich ist, bei beiderseitigem guten Willen, etwaige Lohnunterschiede in Frieden zu erledigen. Die von der Belegschaft erzielte Lohnaufbesserung beträgt je nach Art der Ware 5 bis 20 Prozent.

Mühlhausen (Els.).

Glücklich verfrachtet ist die vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande inszenierte und geleitete Streikbewegung in Mühlhausen (Els.).

Am Dienstag, den 31. Dezember, wurde in einer Versammlung der Streikenden beschlossen, am Donnerstag, den 2. Januar, die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit ist, nach der sozialdemokratischen „Mühlhäuser Volkszeitung“, der Kampf nach 20wöchigem Ringen „unterbrochen“ worden. Unverständlich bleibt uns, daß die „Mühl. Volksztg.“ den Beschluß auf Abbruch des Streiks von der Bedingung abhängig macht, „daß die Unternehmer vollständig ihr Versprechen halten“. Soll das letztere doch nach der Erklärung der Streikenden nur darin bestehen, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden, d. h. daß die Arbeiter nach Bedarf wieder eingestellt werden. Einen solchen „Sieg“ hätte die Mühlhäuser Arbeiterchaft bereits vor vielen Wochen vollständig und sicherer haben können.

Dieser für die Arbeiterschaft äußerst ungünstige Ausgang des Kampfes konnte dem Kenner der Mühlhäuser Verhältnisse von Anfang an nicht zweifelhaft sein. Bei dem heutigen festen Zusammenschluß der Arbeitgeber in Arbeitgeberverbänden sind zur erfolgreichen Durchführung einer großen Bewegung ganz andere Voraussetzungen erforderlich, als sie nach Ansicht der „Strategen“ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in genügendem Maße vorhanden waren. Die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes hat bereits früher in einem Flugblatte darauf hingewiesen, daß die elementarste Vorbedingung für den Streik in der Einigkeit der Arbeiter bestehen muß. Ueber diese Binsenwahrheit setzten sich die Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes im Vollgefühl ihres „Kraftbewußtseins“ kalt lächelnd hinweg. Den christlichen Gewerkschaften wurde die Rolle zugewiesen, entweder willenlos sich den Anordnungen der Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes zu fügen oder auch nicht mitzumachen. Zu letzterem Verhalten wurde die christliche Gewerkschaft durch das brutale einseitige Vorgehen einzelner Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes geradezu provoziert. Man wollte eben den Kampf allein führen, um den Ruhm des Sieges allein genießen zu können.

Trotz alledem hätte man auch auf die christlich organisierten Arbeiter als treue Kampfgenossen rechnen können, wenn man den Beweis für die absolute Berechtigung und die wahrheitsgemäß erfolgreiche Durchführung des Kampfes erbracht hätte. Die vielfach sich widersprechenden Erklärungen der Leitung des „deutschen“ Verbandes in der Deffektivität können nicht als Beweisführung dafür angeprochen werden. In dem letzten von der Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes herausgegebenen Flugblatt werden als die Hauptforderungen der Arbeiter bezeichnet: „Die Regelung resp. die Einführung von Lohnstarben, eine Erhöhung der Prozentätze der Anfeher, Garantierung eines Durchschneidunges für die Ringstärkerinnen, die Aufbesserung der Anfeherlöhne und die Einführung von Arbeiterauschüssen.“

Die Aufstellung dieser Forderungen bedeutete eine gänzliche Verschiebung des Kampffeldes.

In den früheren Erklärungen war stets die Eringung des

freien Samstag-Nachmittags

in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt worden.

Als zunächst nur die Arbeiter der Betriebe Pullmann u. Mieg im Streik standen, wurde als Erklärung hierfür und für die Arbeitsniederlegung in 5 weiteren Betrieben, in einem von der Leitung des „deutschen“ Verbandes herausgegebenen Flugblatt folgendes angeführt:

„Die Arbeiter zweier Betriebe kämpfen um die Freigabe des Samstag-Nachmittags, um die Einführung von Arbeiterauschüssen und um Anerkennung der Organisation. Als Antwort auf diese gerechten Forderungen folgte für die gesamte Textilarbeiterchaft im Oberelsaß die direkte Kampfsaufgabe seitens der vereinigten Textilgewaltigen. Durch die verweigerte Streikarbeit hat aber die Arbeiterchaft ihren Feindherren zu verstehen gegeben, daß sie sich nicht zu ehrofen Peloten herabwürdigen lasse. In 5 Fabriken legten die Spinner, Anfeher und Continuarbeiterinnen wegen Streikarbeit die Arbeit nieder. So stehen jetzt in 7 Fabriken oben genannte Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik.“

Neben diesen authentischen Erklärungen kursierten noch allerhand Privatäußerungen sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, daß das Hauptziel des Kampfes darin bestehe, nach dem Vorbilde der Firma Frey u. Cie. zu Monopolverträgen zu gelangen, um dadurch den Ausschluß der christlich organisierten Arbeiter von allen Erzeugnissen des Kampfes und sogar die Behinderung derselben an der weiteren Arbeitsmöglichkeit zu erreichen.

Damit war die Notwendigkeit einer scharfen Frontstellung der christlich organisierten gegenüber der ganzen Streikbewegung von selbst gegeben. Die christliche Organisation handelte so, wie es ihr die Selbstachtung und der Selbsthaltungsbetrieb gebot. Hatte doch die Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes bereits früher erklärt, daß der christliche Textilarbeiterverband „das Recht verwirkt habe, die Interessen der Textilarbeiter wahrzunehmen und daß ein Zusammengehen mit der christlichen Organisation eine Unmöglichkeit sei“. In logischer Konsequenz dieser Anschauung mußte die ganze Streikbewegung von vornherein als eine vom „deutschen“ Textilarbeiterverband allein zu führende und die Vernichtung des christlichen Textilarbeiterverbandes wenigstens als Nebenweck verfolgende Bewegung bezeichnet werden. Im Verfolg des Kampfes dämmerte aber auch den Mühlhäuser „Genossen“ allmählich die Erkenntnis, daß die christliche Organisation auch in Mühlhausen zu einem Faktor geworden ist, über den man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Zwar beharrte die Leitung des „deutschen“ Verbandes noch immer auf ihrem prozig überhebenden Standpunkt, aber inzwischen wurden die weiter arbeitenden christlich organisierten von den Streikenden angejammert, Solidarität zu üben und für die „gemeinsame Sache“ zu kämpfen.

Nichts wäre nun selbstverständlicher und gerechtfertigter gewesen, als daß die christlich organisierten jetzt erklärt hätten: Ihr habt den Karren ohne uns in den Dreck geschleift, jetzt jetzt, daß ihr ihn allein wieder heraus bekommt. Aber trotz alledem erklärten sich die christlich organisierten Arbeiter bereit, sich den Streikenden anzuschließen. Nur verlangten sie, gewisigt durch die bisherige Stellungnahme der Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes und die Vorgänge bei der Firma Frey u. Cie., von Herrn Ebell, dem Lokalbeamten des „deutschen“ Verbandes, die Unterschrift zu folgender Erklärung:

„Hiermit verpflichte ich mich, bei künftigen Lohnbewegungen in Mühlhausen die Bezirksleitung des christlichen Verbandes über Gründe und Zwecke der Bewegung vorher schriftlich zu verständigen, wenn Mitglieder des christlichen Verbandes in Frage kommen.“

Diese Erklärung wurde vom Herrn Ebell, auf Drängen seines Gauleiters Glanzmann und einer Versammlung der Streikenden, nach anfänglichem Widerstreben und Einführung einer unweissentlichen Korrektur, unterschrieben. Daraufhin legten die christlich organisierten Arbeiter bei der Firma Köchlin-Schmitt gleichfalls die Arbeit nieder.

Als Folgerung aus dieser Vereinbarung verlangte nun die Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes die Verweigerung von Streikarbeit durch die christlich organisierten Arbeiter bei der Firma Engel u. Cie. Leitung und Mitglieder der christlichen Organisation traten in einer Belegschaftsversammlung genannter Firma dieser Auffassung bei. Als aber eine Kommission der Arbeiter den Beschluß auf Verweigerung von Streikarbeit der Firma mitteilte, erklärte diese, und trat auch den Beweis dafür an, daß bei ihr keine Streikarbeit verrichtet werde. Da nun die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter der Firma Engel den Kampf als Verweigerung von Streikarbeit aufgenommen hatten, so erwartete jedermann, nachdem sich der Streikgrund als hinfällig erwiesen, daß nunmehr die Arbeit bei der Firma Engel wieder aufgenommen werde. Aber jetzt erinnerten sich die Streikenden bei der Firma Engel daran, daß sie der Firma bereits früher Lohnforderungen eingereicht hatten und beschlossen, den Kampf einfach als Lohnkampf weiterzuführen. Eine Stellungnahme der christlichen Organisation zu dieser veränderten Sachlage wurde von den Streikenden dadurch unmöglich gemacht, daß sie in einem als Versammlungseinladung dienenden Flugblatt ausdrücklich erklärten, daß diese erneute Stellungnahme ohne jeden Einfluß der Organisationsleitungen veranfaßt werde. So blieben denn die etwa 20 christlich organisierten, sowie die etwa 50 unorganisierten Arbeiter, bei der Firma Engel im Betriebe.

Dagegen standen bei den Firmen Kullmann, Mieg und Köchlin-Schmitt sozialdemokratisch und christlich organisierte Arbeiter gemeinsam im Streit.

Als aber nach etwa 16wöchigem Kampfe die Position der Streikenden nicht nur keine Besserung erfahren, sondern infolge der immer schlechter werdenden Geschäftslage, sowie durch das Abbröckeln im sozialdemokratischen Lager immer ungünstiger wurde, erließen den christlich organisierten Arbeitern ein weiteres Beharren im Streit als Wahnsinn und sie beschloßen, da die sozialdemokratischen Arbeiter absolut weiter streiken wollten, für sich allein die Wiederaufnahme der Arbeit.

Diefer Abbruch ist jetzt erfolgt. Die fanatisierten Arbeiter werden jetzt zu ihrem Leidwesen erkennen, wie ihre Interessen durch die maßlose Ueberhebung und das allen gewerkschaftlichen Grundfögen Hohn sprechende Vorgehen der sozialdemokratischen Führer nicht vertreten, sondern in Wirklichkeit zerrütten wurden.

Doch wird auch dieser 20wöchige Kampf, welcher sowohl der Mülhauser Industrie als auch der Mülhauser Arbeiterschaft schwere Wunden geschlagen hat, nicht ganz ohne Nutzen vorübergegangen sein, wenn die Arbeiter daraus die Erkenntnis ziehen, daß nicht blindes Draufgängertum, sondern nur ruhige und besonnene Gewerkschaftsarbeit die Arbeiter zu dauernden Erfolgen zu führen vermag und in Zukunft auch den alten Erfahrungsgrundfögen beherzigen, daß Einigkeit stark macht.

Wenn diese Lehren erst Gemeingut der Mülhauser Arbeiterschaft geworden sind, dann wird sie nicht mehr in der sozialdemokratischen, sondern allein in der christlichen Organisation ihre Interessenvertretung suchen und finden.

Aus unseren Bezirken.

Aus dem Agitations- und Organisationsleben im badiſchen Albale.

Sonntag ist's geworden. Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen, so heißt's in der Bibel. Auch der Arbeiter ruht aus vom alltäglichen Schaffen. Das ist der Tag des Herrn.

Um die Mittagszeit steigt du ins "Bähnle". Scharf musterst du das Volk um dich her. Im gleichen Abteil sitzen ein paar sogenannte "Bessere". Besonders eine Frauensperson fällt dir auf. Ihr Hut hat einen riesigen Umfang; mächtige Straußfedern wiegen sich darauf. Das ganze Gesicht ist von einem Schleier umhüllt. Alles ist elegant; Bluse, Rock, Hut, Muff, Handschuhe und Lackstiefel. Ein Glänzen, Gleißeln und Glimmern. Unwillkürlich siehst du deine eigenen Kleider etwas näher an. Sonderbar, jetzt fällt dir eigentlich erst so richtig auf, daß dein Mantel auch schon manchen Sturm erlebt hat. Aber erst deine Schuhe... die reinen Dampfwalzen gegen die zierlichen Lackstiefelchen deines Gegenübers und etwas verschämt ziehst du deine Füße möglichst weit unter die Stuhlbänke zurück.

Nach Spielberg-Schöllbrunn lautet dein Billet. Wer aber an dieser Stelle nicht hält, das ist — das "Bähnle". Dabei hat man dir am Billettschalter ausdrücklich versichert, daß der Zug bestimmt halten würde, es sei erst in den letzten Tagen so festgelegt worden. Das ist dir aber doch zu dumm! Da hörst aber doch alles auf lamentierst du beim Stationsvorsteher in Marzjell. Aber das läßt den guten Mann kalt. "Was die da vorne in Karlsruhe sagen, das gehe ihn nichts an! Zudem könnten selbst auf der Staatsbahn ab und zu mal derartige Sachen vorkommen!" Aber ganz energig widersprichtst du ihm und nimmst die Staatsbahn in Schutz. "So etwas sei dort ganz ausgeschlossen." Und du versicherst ihn hoch und heilig, daß dir so etwas in deinem ganzen Leben noch nie vorgekommen sei!

Aber, was hat das Protestieren für einen Wert! Du mußt halt wieder zurück laufen, wenn du nach Spielberg willst. Eine Stunde nachher bist du drüben. Schon ist eine stattliche Anzahl von Textilarbeitern und Arbeiterinnen versammelt; man hat nur auf dich gewartet.

In deinem Vortrage hast du das Thema: "Der Arbeiter und die moderne Zeit", behandelt. Der Beifall der Anwesenden beweist dir, daß man dich verstanden hat.

Die Diskussion beginnt. Auch hier wird das Ersinken des christlichen Textilarbeiterverbandes lebhaft begrüßt. Aber auch einen "Hinter von der traurigen Gestalt" in der Person eines Angefallten der Weberei hat Spielberg. Dieser scheint nun zu fürchten, daß er, wenn die Arbeiterschaft sich erst richtig organisiert hat, auf seinem, wie sich seine eigenen Meisterkollegen ausgedrückt haben sollen, nur durch Wohlbedenereit erworbenen Posten, recht wacklich stehen würde. Deshalb greift dieser zweifelhafte Ehrenmann zu allen möglichen verborgenen Mitteln und sucht die Leute vom Verband abzuhalten. Seine "Bessere Hälfte" unterstützt ihn dabei getreulich. Um seinen Zweck zu erreichen, operiert er nun mit ganz faulstidigen Lügen. So versuchte er, einigen Leuten aufzubinden, es seien in Spielberg schon wieder 20 Austritte zu verzeichnen gewesen. Dabei ist nicht einmal ein einziger Austritt, wohl aber ein erkenntliches Wachstum der Mitgliederzahl der Ortsgruppe Spielberg zu konstatieren. Wenn dieser gelbe Herr mehr Gefühl für Wahrheit und Freiheit hätte, dann müßte er ob seines Berechnens schamrot werden.

Aber es geht mit dem christlichen Verbands vorwärts in Spielberg. Die dortige Arbeiterschaft ist mündig geworden und läßt sich nicht mit Leimrutzen und nicht mit Lügen fangen.

Du hast dich von den Spielbergern verabschiedet. Nun gehst du zurück nach Ehenrot. Du bist gespannt, ob der Boden dort eben so gut christlich-national ist, wie anderwärts. Als du aber unter den Gegenstern

Kollegen bist, siehst du es gleich, daß hier der Boden für unsere Sache schon gut beackert ist. Denn von ca. 105 in Betracht kommenden Leuten sind schon über 90 bei uns Mitglied. Da freust du dich.

Nach deinem Vortrage erfährst du wieder allerhand. Alles wird dir bestätigt, neues erzählt. Viele Klagen, daß man in der Fabrik so rekrutenmäßig behandelt wird. Kaum, daß man recht auf den Arbeit geht, stehe auch schon der Meister hinter einem und passe auf, daß ja keine Sekunde für den Wehstuhl verloren gehe. Dabei arbeiten doch die Leute fast alle im Akord. Auch mittags und abends ist beim Hinausgehen aus der Fabrik das gleiche Treiben. Wer nicht innerhalb zweier Minuten zum Tor hinaus ist, wird bestraft. Nach krasser Willkür verfährt man mit den Leuten. Sogar das Waschen ist den Arbeitern und Arbeiterinnen, die vielleicht etwas später erwacht sind und deshalb alles im Stiche lassen müssen, um nur noch rechtzeitig in die Fabrik zu kommen, streng verboten.

Ein Meister, der jedenfalls noch seine besondere "Weisheit" hervorleuchten lassen wollte, ließ kürzlich einen "Ulaß" folgenden Inhalts von Stuhl zu Stuhl gehen:

"Wer sich während der Arbeitszeit wäscht, wird das erste Mal mit 50 Pfg. und das zweite Mal mit einer Mark bestraft!" N. N.

Damit dieser Witz auch von den Arbeitern so richtig als das erkannt wurde, was er in Wirklichkeit ist, schrieb ein Arbeiter voll Galgenhumor folgendes unten dran:

"Achtung — Nachtrag!
Wer das dritte Mal beim Waschen angetroffen wird, wird mit 2 M. das vierte Mal mit 5 M. und das fünfte Mal mit 10 M. bestraft usw." N. N.

Auf eine solche Art und Weise sehen sich die Vorgesetzten selber in der Achtung vor ihren Untergebenen herab. Wenn aber erst die Organisation ein paar Jahre zum Segen der Arbeiterschaft im Albale tätig war, wird auch von solchen Schikanierereien im Gedächtnis der Arbeiter geschrieben stehen: "Es war einmal!"

Andern Tages fährst du wieder mit dem "Bähnle". Mitten unter all den Männern und Frauen der Arbeit hast du Platz genommen. Da gefällst dir am besten, das ist die Luft und die einfache, kernige Umgebung, in der auch du groß geworden bist. Du bist unter Deinesgleichen.

In Marzjell willst du aussteigen, denn du willst nach Burbach. Du fragst die Leute, die mit dir aussteigen, nach dem Weg. Nun, du kannst dich ihnen gerade anschließen, denn sie sind ja von dort.

Mitten zwischen den Leuten läufst du nun den finstern Waldweg hinauf. Es wundert dich, daß die Leute eine solche Sicherheit beim Gehen auf dem dunklen, steilen Weg zeigen. Da kannst du nur schwer mittun. Oft stößt du links und rechts an mit deinem unsicheren Gang. Gerade kommst du ziemlich energig mit dem Korbe deiner Nachbarin in Berührung. Da es dich schon im "Bähnle" gemindert hat, warum jede Arbeiterin einen Storb und jeder Arbeiter einen Rucksack bei sich hat, so fragst du. Und du erfährst, daß man darin das Vesper- und Mittagbrot für den ganzen Tag mitnimmt.

Ist das ein Leben, denkst du. Der Familienfann muß doch notwendig darunter leiden. Früh um 1/2 Uhr heißt's aufstehen und bis man wieder heimkommt ist es Nacht. So Tag für Tag, nur Sonntags nicht. Nichts als arbeiten — essen — schlafen; jahraus, jahrein...

Aber die Burbacher imponieren dir doch. Die Versammlung ist verhältnismäßig sehr gut besucht. Von 35 in Betracht kommenden Leuten sind schon 30 bei uns organisiert. Damit haben die Burbacher gezeigt, daß sie Verständnis für ihren Stand und für ihr Zeit haben.

Die anregend verlaufene Versammlung ist geschlossen. Heut kannst du aber nicht mehr hingehen. 2 1/2 Stunden mitten in der Nacht, das wäre doch ein bißchen zu viel Sport!

Es ist nachts 11 Uhr. Der Dorfpolizist, oder wie er hier genannt wird, der "Schütz", kommt pflichtgemäß in die Wirtschaft, um festzustellen, ob die Feierstunde gehalten wird. Das "Auge des Gesetzes" ruht durchdringend auf dir, aber schon zeigt dir die Tochter des Hauses den Weg zu deinem Nachtquartier. Und du wirst für vertrauenswürdig befunden und hast die Ehre, für diese Nacht im Bett des Hausjohnes, der jetzt deuten in Bruchsal bei den "gelben Dragonern" steht, zu schlafen...

Die Nacht ist vorbei und wieder eine andere kommt. Um die gleiche Zeit wie gestern bist du wieder mitten im Walde. Nur anstatt wie gestern rechts, bist du heute von Marzjell aus links abgezweigt. Aber ist das ein Weg! Wenn dich nicht deine ganze Welt- und Naturgeschichte trägt, dann muß diese Straße noch von der "Römerzeit" her sein. Dachstuhl geht's hinauf. Trotz 8 Grad Kälte bist du schon im Schweiß. Dabei fühlst du im Halse schon einen höchst unangenehmen Katarth. Das hat gerade noch gefehlt!

In "Paffenrot" konnte die Versammlung eigentlich noch besser besucht sein. Hier sind die Leute gegen das Neue noch etwas mißtrauisch. Aber doch schon eine Anzahl tüchtiger Kollegen und Kolleginnen sind Mitglied von uns. Mit der Zeit werden auch die andern kommen. "Gut Ding will Weile haben."

Andern Tages kommt der letzte Ort, wo du Versammlung hast: "Etlingen". Auch da macht unser christlicher Verband, wie überall, recht erfreuliche Fortschritte. Tüchtige Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute tragen dafür Sorge, daß es stets mehr und mehr werden...

"Das Ende krönt das Werk." Auch diese Versammlung verläuft ruhig und würdevoll. Nach Schluß derselben bist du bald mit einigen Mitgliedern in angeregter Unterhaltung. Was dir schon überall auffiel, das findest du hier bestätigt. Die Arbeiterschaft ist intelligent und verrät ein gesundes Wissen. Von der Notwendigkeit des Verbandes sind alle längst überzeugt. Alle geloben, festzuhalten an der Gewerkschaft, komme, was wolle...

Die Zeit vergeht. Du nimmst Abschied von den Leuten mit einem frohen "Auf Wiedersehen". Aber eines

nimmst du mit dir, die Erkenntnis, daß es hier schon 1000 Mitglieder unseres Verbandes sind und daß auch das Textilarbeitervolk hier im Albale aufgewacht ist und auch wach bleiben wird...

Und währenddem dich der Zug durch die Nacht und Finsternis in deine Heimat führt, singst du leise nach dem Rhythmus der Kolbenschläge vor dich hin:

"Ihr, ihr dort draußen in der Welt,
Die Massen eingespannt,
Schon manchen Mann, schon manchen Held,
Zur Arbeit gut und stark im Feld,
Gehar der vierte Stand..."

Gautonferenz für den Gau Oberrhein (Baden).

Am 5. Januar fand unter zahlreicher Beteiligung der Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder von den einzelnen Ortsgruppen unsere übliche Gautonferenz in Säckingen statt.

Bezirksleiter Kollege Kümmele-Lörrach eröffnete die Konferenz und beantragte, ein Bureau zur Leitung derselben zu bestimmen. Zum Vorsitzenden wurde Johann Kollege Frey-Wehr und zum Schriftführer Kollege Siebold-Unterlauchringen gewählt.

Kollege Kiefer-Säckingen hielt einen Vortrag über: "Die Geschäftsführung der Vertrauensleute und Kassierer und die neuen Formulare." In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten noch teilweise ergänzt und über verschiedene Fragen Auskunft erteilt.

Nach dem Mittagessen behandelte Kollege Kümmele das Thema: "Wie bringen wir unsere Bewegung vorwärts?"

Daran anschließend wurden noch spezielle Verhältnisse unseres Verbandes im Gau bekanntgegeben und dann von den einzelnen Ortsgruppen über die Ergebnisse der vorgenommenen Agitation Bericht erstattet. Den Bericht ist zu entnehmen, daß überall da, wo die Ortsgruppen gearbeitet haben, auch Erfolge zu verzeichnen sind.

Alle Kollegen versprochen, in den nächsten Wochen das Möglichste zu tun, um ihre Ortsgruppen vorwärts zu bringen. Öffentlich folgen den Versprechungen auch die Taten.

Nach längerer Diskussion sprach Kollege Kiefer noch ein kurzes Schlusswort und brachte zugleich noch folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde:

Die am 5. Januar in Säckingen stattgefundene Gautonferenz für den Gau Oberrhein verpflichtet die einzelnen Ortsgruppen, eine energigke Agitation einzuleiten.

Besonders soll dafür gesorgt werden, daß die Mitglieder, die heute schon der Organisation angehören, gehalten werden.

Für die Gewinnung neuer Mitglieder muß alles getan werden und jedes Mitglied hat die Pflicht, sich in der Agitation zur Verfügung zu halten.

Bis Ende März muß jede Ortsgruppe an den Gaubeamten Bericht geben über die geleistete Agitationsarbeit und die agitatorischen Erfolge.

Kolleginnen und Kollegen! Nun heißt es Hand ans Werk. Nicht mit Jammern und Lamentieren oder Röcheln bringen wir unseren Gau dem gewünschten Ziele entgegen, sondern durch energigke Agitationsarbeit.

Unser Ziel muß sein, bis 1. April im Gau Oberrhein 1000 Mitglieder zu haben.

Wer zaudert da und verzweifelt vor der Mitarbeit? Die größten Schwierigkeiten sind die, die wir uns selbst bereiten, darum weg damit und frisch zugegriffen. Glück auf zur Tat!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burbach (Albale). Mit einer anregend verlaufenen Mitgliederversammlung haben wir am 1. Januar das neue Verbandsjahr eingeleitet. Der Vorstand begrüßte die Erschienenen, worunter sich auch unser Hauptlehrer Weffinger befand. Kollege Oskar Kümmele machte uns in seinen Worten aufmerksam auf die diesen Monat stattfindende Vorstand- und Vertrauensleutenkonferenz und ersuchte uns, dieser Konferenz unbedingt beizuwohnen. Er schloß seinen Vortrag mit dem Wunsch, noch einige Beisitzerinnen zu wählen, damit sich in unserer jungen Ortsgruppe auch die Kolleginnen betätigen können. Es wurden als Beisitzerinnen einstimmig gewählt: Luise Baum, Maria Knörr, Lina Rabold, Maria Abend. In der Diskussion sprach die Schriftführerin, Kollegin Rabold, dem Kollegen Oskar Kümmele den Dank der Versammlung aus. Unser Hauptlehrer, Herr Weffinger, sprach alsdann seine Freude aus über die schöne Mitgliederzahl, und wir alle mußten ihm versprechen, recht fest und treu zum Verbands zu halten und die fünf bis sechs Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch fernsehen, möglichst bald herbeizuführen. Er bot uns ferner seinen Rat und seine Dienste an, falls wir sie bedürfen. Der Vorstand dankte unserem Herrn Hauptlehrer für sein freundliches Anerbieten, das wir jederzeit zunutze ziehen werden, und wünschte jeder Ortsgruppe, einen solchen Freund zu besitzen.

Quisburg. Wir stehen nun auch hier im Begriffe, eine Zahlstelle christlicher Textilarbeiter zu errichten. Es ist uns nämlich gelungen, mit einigen Textilarbeitern, die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins sind, Fühlung zu erhalten. Dadurch wird es uns in nicht allzu fernem Zeit möglich sein, hier eine Gruppe zusammenzubringen. Hoffentlich begünstigt das neue Jahr unsere Bestrebungen und verhilft uns zu einer größeren Mitgliederzahl. Bis jetzt war das Häuflein ziemlich klein. Wir haben hier eben mit schwierigen Verhältnissen zu rechnen und müssen darum mit Geduld und Ausdauer vorgehen. (Nur vorwärts. Dem Mutigen gehört die Welt. Die Redaktion.)

Sannover-Linden. Am 2. Januar fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Der Vorsitzende, Kollege Osburg, konnte erfreulicher Weise eine große Zahl Mitglieder begrüßen. Da die bei der Firma Neuberger u. Co. mech. Weberei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch Brandunglück gezwungen waren, um die Weihnachtszeit zu feiern, wurde beschlossen, unseren daselbst beschäftigten Mitgliedern eine besondere Unterstützung aus der Extralokalfasse zu gewähren. Sodann wurde nach kurzer Debatte einstimmig beschlossen, sofort den Lokalbeitrag von 5 Pfg. auf 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Nachdem im Namen des

Vorstandes der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht gegeben hatte, wurden die erforderlichen Wahlen getätigt.

Kaiserslautern. Am Sonntag, den 29. Dezember 1912, fand wie üblich die Generalversammlung statt.

Krefeld. Am Sonntag, den 29. Dezember 1912, fand in der „Reichshalle“ unsere Jahresversammlung statt.

„Still ruht's Geschäft — Die Kunden schlafen, Fast Klagen nur man hören kann, Der Abend naht, mit leerer Tasche Geht traurig heim der Arbeitsmann“ usw.

war berechtigt, denn die hiesige Samtindustrie liegt schon seit einigen Monaten darnieder.

„Still ruht's Geschäft — Doch nicht verzagen, Die Zeiten ja nicht stille stehn, Kollegen, haltet treu zusammen, Gott läßt uns nicht zugrunde gehn.“

mit Begeisterung gefungen. Die Versammlung hatte im übrigen sehr wichtige Funktionen zu erledigen.

Langensteinbach (Albtal). „Die Bedeutung und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“ lautete das Thema.

Das „Wollen“ ist das Fundament Für all dein Tun und Lassen, Drum sei das erste, das du machst, Den rechten Sinn hast faffen, Und ist dein „Wollen“ gut bestellt, Willst du nur Schönes, Gutes, Dann fröhlich an das beschlossene Wort Und warte frohen Mutes.

In der Diskussion beteiligte sich niemand. Ferner fand am Montag, 30. Dezember, eine ebenfalls sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt.

Der Vortrag wurde von allen Anwesenden mit Beifall und Interesse aufgenommen.

Nach einem kurzen Schlusswort schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß alle Mitglieder im neuen Jahre als zielbewußte charakterfeste Gewerkschaftler durch's Leben gehen mögen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1912.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am deutschen Arbeitsmarkte war bis in den Hochsommer 1912 hinein ungünstiger als im Vorjahre.

Table with 5 columns: Month, 1911, 1912, Zu- resp. Abnahme. Rows: Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November.

Die günstige Verfassung der Konjunkturlage wäre zweifellos in der Bewegung der Anbranziffer noch viel deutlicher zum Ausdruck gekommen.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 19. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Hrb. Brandt Generalversammlung.
Arens St. Georg. 19. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Witwe Bernhard Clasen, Generalversammlung.
Barmen. 18. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1, ordentliche Generalversammlung.
Brand. 20. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Jof. Bongenberg, Arbeiterinnenversammlung.
Dargwalsdortel. 26. Jan., direkt nach dem Hochamte, bei Jof. Kläfer Generalversammlung.
Dahlhausen (Ruhrp.). 19. Jan., 2 Uhr, bei Heinrich Lingel General-Versammlung.
Dillkrath. 19. Jan., nach dem Hochamte, bei Wih. Küsters, Generalversammlung.
Düssen. 19. Jan., 11 Uhr, bei Unnweh (Markt) außerordentliche Mitgliederversammlung.
Eberfeld. 25. Jan., 8 Uhr, bei Heidenrath, Klobbahn, Generalversammlung.
Eupen. 23. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Berg-Schönen, Neujährfeier, Generalversammlung.
Forst (Saarl.). 21. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Graßmann, Gerberstraße, Generalversammlung.

- M. Gladbach-Hardtbroich. 26. Jan., 6 Uhr, bei Hubert Baggen, Mühlenstraße, ordentliche Generalversammlung.
Greiz. 26. Jan., 8 Uhr, bei Gräfers, Hohe Gasse, Generalversammlung.
Hardt. 19. Jan., 9 1/2 Uhr, bei Gustav Meyen Generalversammlung.
Helm. 19. Jan., 11 Uhr, bei Magdalena Bäsch außerordentliche Generalversammlung.
Hermges-Dahl. 19. Jan., 1/2 6 Uhr, bei Stermann, zum deutschen Eck, Generalversammlung.
Heidenheim. 12. Jan., 4 Uhr, bei König Karl, Generalversammlung.
Hof a. d. E. 19. Jan., bei Steupert, Mosenbergerstraße 2, Generalversammlung.
Holt. 18. Jan., 1/2 9 Uhr, bei D. Nrek, Generalversammlung.
Hochneufkirch. 19. Jan., bei Joh. Plum, Generalversammlung.
Kaltzerberg. 26. Jan., 11 Uhr, bei Eg. Hermanns, Generalversammlung.
Kettenis. 26. Jan., 5 Uhr, bei Fr. Steberts, Generalversammlung.
Krefeld Bochum. 26. Jan., 11 Uhr, bei Heinrich Wenger, Generalversammlung.
Leuth b. Kaldenkirchen. 12. Jan., 6 Uhr, bei Albert Houben, Luffenwalde. 26. Jan., 3 Uhr, bei Wieg.
Montgöie. 26. Jan., im Eiferhof, Restaurant Paul Feltner, Generalversammlung.
Naals. 25. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Arnold Giffissen, Generalversammlung.
- 21. Jan., 9 Uhr, im Verkehrslokal, Arbeiterinnenversammlung.
Nieren. 19. Jan., gleich nach dem Hochamte, bei Heutgens, Bezirk Dorf und Kehler.
Winkrath. 19. Jan., nach dem Hochamte, bei Wilhelm Hermanns außerordentliche Generalversammlung.
Waldhausen. 25. Jan., 1/2 9 Uhr, bei Johann von der Burg, Generalversammlung.
Wegberg. 19. Jan., 1/2 11 Uhr, im „Wegberger Hof“ (Wirtschaft Brunen) Generalversammlung.
Würfelen. 19. Jan., 5 Uhr, bei Kornel Schümmer, Generalversammlung.

Bilanz

des Allgemeinen Konsumvereins „Eintracht“, e. G. m. b. H. zu Greifratb. Vom 1. Januar 1912 bis 30. September 1912.

Table with 3 columns: Aktiva, Passiva, M. Rows: Kassenbestand, Warenbestand, Inventar, Sparkassenguthaben, Forderungen, Zusammen, Mitgliederzahl, Zugang, Abgang, Mitgliederzahl, Gesamthaltsumme, Der Vorstand, Der Aufsichtsrat.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
Carolina Schöndin in Neustadt.
Philomenia Krischker in Neustadt.
Wilhelm Grollmann in Krefeld.
Ferdinand Schölkes in Hüls.
Antonia Hummel in Emsdetten.
Jakob Höhle in Barmen.
Josephine Schaffhauser in Bühl i. Els.
Maria Rinke in Neustadt.
Peter Adam Wirtz in Neuwerk.
Heinrich Hoops in St. Hubert.
Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die Gewerkschaften im Urteile eines Gelehrten und Staatsmannes. — Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien. — Die „freie“ Gewerkschaftsbewegung 1912. — Unterliegen Web- bezw. Stuhlmeiner der Angekellerten-Verpflichtung? — Fabrikbrüche. — Genilleton: Wie das englische Volk sich selbst regiert. — Allgemeine Rundschau: Neue christliche Gewerkschaftszeitungen. — Ein Bischof für die christlichen Gewerkschaften. — Die Aufgaben der Sozialdemokraten in den Parlamenten. — Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. — Wer verübt Streikbruch. — Die Moral mit doppeltem Boden. — Die Staubentwicklung in der Textilindustrie und ihre Bekämpfung. — Die Tarifverträge 1911/12. — Die „Bettelsuppen“ der Arbeiterversicherung. — Die Härten des mechanischen Erloschens der Anwartschaft. — Der Gesamtverband deutscher Krankenkassen. — Aus unserer Industrie: Die Schädigung der österreichischen Industrie durch den Krieg. — Der Wollhandel 1912. — Einfuhr von Baumwollenwaren nach den Vereinigten Staaten von Amerika 1911/12. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Dingelstädt. — Mülhausen (Elsaß). — Aus unseren Bezirken: Aus dem Agitations- und Organisationsleben im badischen Albtale. — Gauskonferenz für den Gau Oberrhein (Baden). — Berichte aus den Ortsgruppen: Burbach (Albtal). — Duisburg. — Hannover. Minden. — Kaiserslautern. — Krefeld. — Langensteinbach (Albtal). — Volkswirtschaftliches und Soziales: Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1912. — Versammlungskalender. — Bilanz. — Sterbe-Tafel.